

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zahlung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
jährlich 192.—

Abrechnung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Reklamierkarte.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich 1926

Ein Gesetz, das nicht befolgt wird.

Unter dem Schutt und Blunder, den die verblichene Koalition als einziges Erbgut hinterlassen hat, befindet sich auch das im Vorjahre beschlossene Feiertagsgesetz, ein Gesetz, das eigens dafür geschaffen scheint, um nicht eingehalten zu werden und der Bevölkerung den Respekt vor den Gesetzen überhaupt auszutreiben. Gesetze überleben sich, sie werden von der Entwicklung der Verhältnisse und der Veränderung des allgemeinen Rechtsempfindens überholt und werden, wenn das zähe Leben, das Gesetze haben, sie am Hinscheiden hindert, in der Praxis gemildert oder auch gar nicht angewendet. Das Feiertagsgesetz aber war, ehe es noch beschlossen war, schon als unmöglich und untauglich befunden worden, und seine eigenen Schöpfer waren vom ersten Tage von der Notwendigkeit seiner gründlichen Abänderung überzeugt, wie es überhaupt kaum einen Menschen im Staate gab, dem die Art der Feiertagsregelung, wie sie durch das Gesetz vorgenommen wurde, zugesagt hätte. Gleich an dem Tage, da die Vorlage an das Abgeordnetenhaus gelangte, wurde der Bevölkerung halbamtlich die Versicherung gegeben, das Gesetz werde noch im Laufe des Jahres in einer Weise abgeändert, die den allgemeinen Wünschen und Bedürfnissen entsprechen werde.

Das Gesetz, das knapp vor Ostern beschlossen wurde, das aber erst mit dem 1. Mai in Kraft trat, ist nun bald ein Jahr in Geltung, aber es hat bis jetzt, wie vorausgesehen wurde, nur Unzufriedenheit, Aergernis und Verwirrung hervorgerufen. Solange das Gesetz nicht abgeändert wird, bleibt dieser leidige Zustand auch bestehen: dreimal im Jahre, zu Ostern, Pfingsten und Weihnachten, wird die Bevölkerung deren arbeitender Teil insbesondere ein gutes Recht auf die ihr früher durch die Doppelfeiertage eingeräumte notwendige Ruhe- und Erholungszeit bestraft, zu dem Gesetz in Konflikt gebracht, dreimal im Jahr wird ihr das Schauspiel vorgeführt, daß ein Gesetz besteht, das vier Fünftel der Bewohner des Staates übertreten, wobei ihnen notgedrungen der Staat mit gutem Beispiel vorangeht. Das war schon zu Pfingsten des Vorjahres so. Das Schulministerium dekretierte, entgegen den Bestimmungen des Gesetzes, den Entfall des Schulunterrichts am Montag nach Pfingsten, und das Postministerium stellte es dem Ermessen der einzelnen Postämter anheim, den Montag als Werktag oder Feiertag anzusehen. Die Wohmeinung der Leiter der Postämter wurde über das Gesetz gestellt und so kam es, daß einzelne Postämter amtierten, andere nicht, was zusammen genommen ein heilloser Durcheinander ergab. Ganz entgegengesetzt verhielt sich das Eisenbahnministerium, das nicht sehen wollte, daß für die Bevölkerung in Wirklichkeit Feiertag ist und Werktagbetrieb anordnete, was den Entfall der Vergnügungszüge und dadurch den Entgang von wesentlichen Einnahmen für die Staatskasse zur Folge hatte.

Das Feiertagsgesetz wurde trotz des gegebenen Versprechens bis heute nicht novelliert, aber dafür dürfte diesmal bei allen, dem Staate unterstehenden Betrieben, Unternehmungen und Aemtern ein einheitliches Verhalten herbeigeführt werden. Die Post wird am Montag beschränkten Feiertagsdienst machen, auf der Eisenbahn werden keine Arbeiterzüge verkehren, dafür wird sie sich wohl auf den Vergnügungsverkehr umstellen; in den Schulen wird kein Unterricht erteilt werden. Das ist an sich betrachtet, sehr vernünftig, aber natürlich verstößt es gegen das Gesetz. Die Bedürfnisse, Notwendigkeiten und abeingewurzelten Traditionen der Bevölkerung erweisen sich eben stärker als die konfuse Gesetzesmacherei der Koalition, und ihnen muß sich auch die Regierung fügen, über das Gesetz hinweg, die Gesetze zu achten, was doch sicher in erster Linie ihre Pflicht wäre. Aber obwohl der Staat für seinen unmittelbaren Wirkungskreis in der Praxis das Gesetz vernünftigerweise ignoriert, so darf man

Die Beamtenregierung als Preistreiber!

Verbot der Einfuhr polnischen Viehs. — Gefahr einer Fleischnot. — Eine Fleischsteuerung in Sicht! — Auch Oesterreichs Fleischversorgung gefährdet.

Die erste sichtbare und leider auch sehr fühlbare Tat der Regierung des Herrn Cerny beziehungsweise seines Landwirtschaftsministers Dr. Slavik ist das Verbot der Einfuhr von polnischem Rindvieh und polnischen Schweinen. Es handelt sich hier um eine Forderung, welche zuerst die deutschen Agrarier erhoben haben. Der Herr Abg. Josef Mayer, der Elektra-Mayer, hat nämlich am 16. Februar 1926 im Abgeordnetenhaus einen Antrag betreffend die Einschränkung der Vieheinfuhr gestellt, in welchem verlangt wird:

- Die Regierung wird aufgefordert:
1. Die Befriedigung der Schlachtwiehmärkte in den großen Konsumzentren aus den heimischen Viehproduktionsgebieten nachhaltig zu fördern, dagegen die Einfuhr von ausländischem Vieh, soweit eine solche mit Rücksicht auf den Stand der heimischen Produktion vorläufig noch erforderlich ist, auf das zur Deckung des Bedarfs unumgänglich notwendige Ausmaß einzuschränken;
2. zur Verhinderung der Einschleppung von Tierseuchen aus dem Auslande für die strengste Handhabung der geltenden veterinärpolizeilichen Vorschriften Sorge zu tragen.

Dieser Antrag wurde sofort von den tschechischen Agrariern freudig aufgenommen und vom Senator Donat gleichfalls gestellt. Die Herren Agrarier halten die Tradition ihres Vorkämpfers im alten Oesterreich, des „Reichsritters“ Simitsch von Hohenuim in Ehren, jenes Ritters, der selbst um den Preis eines Krieges mit Serbien die Einfuhr serbischer Schweine nach Oesterreich durch den Mißbrauch gesundheitspolizeilicher Vorschriften verhindert hat. Die Regierung hat nun nichts eiligeres zu tun, als sich den Wünschen der Herren Agrarier gefügig zu zeigen und verbietet einfach die Einfuhr von Vieh und Schweinen aus Polen, nur damit die Herren Mayer und Donat ihr Vieh teuer verkaufen können!

Was das für die Bevölkerung bedeutet, geht daraus hervor, daß im Monate Jänner aus Polen in die Tschechoslowakei mehr als 12.000 Stück Rindvieh und fast 26.000 Schweine eingeführt worden sind. Wenn dieses Vieh nun infolge des Einfuhrverbots nicht auf dem Markte erscheint, droht geradezu eine Katastrophe. Von 16.000 Schweinen, die im März auf dem Prager Viehmarkt ausgetrieben wurden, stammen mehr als 12.000 aus Polen, von etwa 6000 Rindern sind 3400 aus Polen eingeführt.

Wenn wir keine Rinder und Schweine aus Polen bekommen werden, wird das Angebot auf dem Viehmarkt plötzlich sinken und die Preise sprunghaft steigen. Das aber wollen eben die Herren Agrarier ohne Unterschied der Nation! Das Gerede von den Seuchen in Osteuropa ist ein plumper Schwindel. Wenn sich die Regierung um die Gesundheit der Menschen so bekümmern würde wie um die Gesundheit der Schweine der

doch nicht glauben, daß die Verwirrung zu Ostern eine geringere sein wird, als im Vorjahre. Denn da das Gesetz doch noch faktisch besteht, bleibt den Privatunternehmungen überlassen, am Montag nach dem Ostermontage Feiertagsruhe eintreten zu lassen oder nicht. Viele Betriebe werden, wie im vorigen Jahre, feiern und manche Unternehmer werden den Arbeitern auch den freien Tag bezahlen, andere werden sich gegen die Freigabe wehren und besonders gegen die Lohnbezahlung. Darin zeichnen sich vor allem die Buchdruckereibesitzer aus, die hartnäckig auf der Einhaltung des Buchstabs des Gesetzes bestehen, so daß — als schlimmste und fast einzige Wirkung des Feiertagsgesetzes — am Dienstag nach Ostern die Zeitungen erscheinen dürften, wenn es sich die Buchdruckereibesitzer nicht doch noch überlegen. Die ärgste Konfusion wird aber dadurch entstehen, daß das Gesetz den Ostermontag als Arbeitstag erklärt, der Staat aber keine Arbeiterzüge verkehren läßt. So richtig es ist, das unmögliche Gesetz noch vor seiner parlamentarischen Abänderung abzubauen, eine Lösung des Feiertagsproblems bedeutet das nicht, diese kann nur eine vernünftige gesetzliche Regelung bringen.

Herren Donat und Mayer, dann könnte sie ja das Vieh an den Grenzen schlachten lassen, nachdem es von Tierärzten untersucht worden ist. Aber es handelt sich der Regierung gar nicht darum, daß die Bevölkerung gesundes Fleisch bekommt, sondern daß die Herren Donat und Mayer und ihre Klassengenossen ein dickes Portemonnaie bekommen.

So schaut also die erste Tat der Beamtenregierung aus! Es ist eine Regierung des Zollschutzes, der Erhöhung der indirekten Steuern, der Erhöhung der Eisenbahntarife, kurz eine Regierung, die sich die Verelendung der Arbeiterklasse zum Ziele gesetzt hat. Auch das gestrige Abendblatt des „Pravo Lidu“ ist ob des Husarenstückleins des Herrn Landwirtschaftsministers entsetzt und stellt diesbezüglich eine parlamentarische Aktion der tschechischen Sozialdemokratie in Aussicht.

Auch die deutsche Sozialdemokratie wird die Regierung Cerny zur Verantwortung ziehen, weil es unerhört und im höchsten Grade grausam ist, in einer Zeit des Rückganges der Beschäftigung der Arbeiter, in einer Zeit wachsenden Steuerdrucks den Arbeitern das letzte Stückchen Sonntagsfleisch zu rauben, das sie sich noch kaufen können!

Uebrigens hat sich die Regierung, die sich soeben den österreichischen Bundeskanzler eingeladen hat, noch eine Unfreundlichkeit gegen Oesterreich geleistet, sie hat nämlich auch die Durchfuhr polnischen Viehs nach Oesterreich verboten! Mit Recht schreibt die Wiener „Arbeiterzeitung“:

Man hat in Prag wieder von tschechisch-österreichischer Freundschaft gesprochen. Damit aber keiner mißverstehen, wie es gemeint ist, hat die tschechische Regierung den Herrn Dr. Ramek mit einer Verordnung empfangen, in der sie die Durchfuhr polnischer Schweine und Rinder aus Polen nach Oesterreich verboten hat. Der Wiener Markt ist auf die polnischen Schweine angewiesen: 12.000 bis 15.000 Fleischschweine wurden bisher allwöchentlich aus Polen nach Wien gebracht. Das Durchfuhrverbot ist also für den Wiener Markt ein schwerer Schlag; eine Bedrohung der Wiener Verbraucher mit steigendem Fleisch, vielleicht auch Fettpreisen. Es ist eine kleine Illustration zu den festlichen Reden von der Freundschaft und Hilfsbereitschaft der tschechischen Regierung für das österreichische Volk!

Die tschechische Regierung begründet das Durchfuhrverbot selbstverständlich damit, daß in Polen Viehseuchen ausgebrochen seien. Die Schweine in den mährischen Bauernhöfen könnten angesteckt werden, wenn die polnischen Schweine aus Krakau nach Wien in verschlossenen Waggons, auf tschechischen Bahnen reisen. Denn man pflegt in Prag die Tradition. Sooft die polnischen Schlachthöfen und die ungarischen Magazinen die serbischen Schweine und die rumänischen Rinder aussperrten wollten, um ihre Schweine

Die Bevölkerung kann an dem Beispiel des Feiertagsgesetzes erkennen, wie die Gesetzesarbeit der Koalition aussah, und welcher Art die „Kompromisse“ waren, welche die in ihr vertretenen Parteien schlossen. Um die gesetzliche Sicherstellung bestimmter nationaler und freireligiöser Feiertage von den Merkmalen zugestanden zu bekommen, mußten sie — die teure Koalition stand ja auf dem Spiele — andererseits den Merkmalen eine Anzahl kirchlicher Staatsfeiertage einräumen, wobei eine fast noch größere Zahl von Feiertagen herausgekommen wäre, als vorher bestanden. So wurde denn, um eine Verringerung der Zahl der Feiertage zu erzielen, an die Aufhebung der Doppelfeiertage zu Ostern, Pfingsten und Weihnachten geschritten, was die Merkmalen opponierend zuließen, wußten sie doch, daß die Bevölkerung, auch die nicht religiös gestimmte, sich die Wegnahme dieser der Erholung gewidmeten freien Tage nicht auf die Dauer gefallen lassen werde. Die Novellierung dieses Gesetzes, das nicht befolgt wird, und das nur Verwirrung stiftet, ist längst aktuell geworden. Sein Fortbestand in der heutigen Form fügt der Bevölkerung Schaden zu und trägt dem Staate keine Ehre ein!

teurer verkaufen zu können, haben sie pünktlich entdeckt, daß in Serbien und in Rumänien Viehseuchen herrschen. Da legt die Handelsvertragsverhandlungen der Tschechoslowakei mit Polen ins Stoden geraten sind, entdeckt man in Prag pünktlich, daß die polnischen Ställe verseucht seien, und so ein probates Mittel, auf Polen einen Druck zu üben. Nun ja, es bezahlt es freilich der österreichische Konsument. Tut nichts! Dafür leert Herr Dr. Bened im spanischen Saal des Stadthaus sein Glas auf das Wohl des Herrn Dr. Ramek!

So bekommt auch das Ausland zu spüren, mit was für einer Regierung wir geschlagen sind!

Ein unfreundlicher Akt gegen Polen.

Erklärungen des polnischen Ackerbaueministers.

Warschau, 31. März. Ackerbauminister Dr. Riernik gab heute Warschauer Pressevertretern Aufklärungen über die Verordnung des tschechoslowakischen Ackerbauministeriums vom 25. März, J. betreffend das Einfuhrverbot polnischen Viehs nach der Tschechoslowakei sowie das Durchfuhrverbot nach Oesterreich. Die Verordnung habe Polen umso mehr überrascht, als die seit 1. Jänner andauernden polnisch-tschechoslowakischen Handelsvertragsverhandlungen gerade vor dem Abschlusse standen. Der Minister ist der Ansicht, daß das Einfuhrverbot nicht nur die wirtschaftlichen Interessen der polnischen Landwirtschaft, sondern auch die tschechoslowakischen Konsumenten schwer schädigt, da das polnische Vieh für die städtische Bevölkerung der Tschechoslowakei in zahlreichen Fällen die Hauptquelle der billigen Fleischversorgung bildet.

Das Durchfuhrverbot für polnisches Vieh nach Oesterreich müsse als ein direkt unfreundlicher Akt bezeichnet werden.

Mit Rücksicht darauf, daß der einzige Exportweg von Polen nach Oesterreich über tschechoslowakisches Gebiet führt, müßte die Verordnung im Falle ihrer Aufrechterhaltung den gesamten polnischen Viehexport unterbinden, was für die polnische Wirtschaft einen großen Schaden bedeutet, da der Viehexport neun Prozent der gesamten Ausfuhr ausmacht.

Der Volksentscheid.

Die Bürgerlichen werden kleinlaut.

Berlin, 31. März. (Eigenbericht.) Welche Wirkungen das Ergebnis des Volksbegehrs über die Fürstenteneignung auf die bürgerlichen Parteien ausgeübt hat, ist aus den Betrachtungen der parteiamilichen Korrespondenz der deutschen Volkspartei zu ersehen. Dort wird festgestellt, daß sich zahlreiche Mitglieder nicht nur der demokratischen Partei und des Zentrums eingetragen haben, sondern auch viele Deutsche nationale. Gegenüber dieser Feststellung dürfte man nicht den Kopf in den Sand stecken. Es sei gar nicht ausgeschlossen, daß bei der geheimen Volksabstimmung die noch fehlenden 7,5 Millionen für die Enteneignung der Fürsten werden aufgebracht werden, wenn nicht bis dahin die gesetzgeberische Regelung durch das Kompromiß im Reichstage zustande kommen würde. Es sei mit Sicherheit zu erwarten, daß im Volksentscheid die notwendige verfassungsmäßige Mehrheit für die Enteneignung werde gefunden werden.

Die Mehrheit für Berets Vorschläge gesichert?

Stimmhaltung der Sozialisten. — Nachsichtigungen.

Paris, 31. März. Der Deputiertenklub der sozialistischen Partei hat sich am Vormittag mit 29 gegen 11 Stimmen dahin ausgesprochen, daß sich die Sozialisten in der Frage der Erhöhung der Umsatzsteuer der Abstimmung enthalten werden, um keine Regierungskrise herbeizuführen. Man rechnet damit, daß dieser Beschluß auch auf die Radikalen einen Einfluß ausüben und die Regierung so eine gesicherte Mehrheit haben werde.

Einer der gefährlichsten Artikel, die Bürgersteuer, wurde in der Vormittagsitzung mit 315 gegen 250 Stimmen angenommen. Ihr Gesamttrag wird auf 600 Millionen geschätzt.

Abends verhandelte die Deputiertenkammer den sozialistischen Vorschlag auf Monopolisierung des Petroleumimports. Der Finanzminister macht darauf aufmerksam, daß eine so wichtige Frage zunächst gründlich durchstudiert werden müsse und daß das Projekt keine sofortige Einnahmequelle für den Staatsschatz verbürge. Das amtliche Ergebnis der Abstimmung wird erst spät nachts bekannt sein.

Die Deputiertenkammer nahm inzwischen mit 423 gegen 31 Stimmen das Budgetwörterbuch pro April an.

Der Kampf um Wien.

Sozialdemokratische und kapitalistische Steuerpolitik. Abrechnung des Genossen Breitner mit den Christlichsozialen, durchführbare Blamage Kunschaks. — Die Politik des Schuldenmachens als christlichsoziales Ideal.

Die Politik der Gemeinde Wien wird von der bürgerlichen Presse nicht nur ganz Oesterreichs, sondern fast ganz Mitteleuropas erbittert bekämpft. Wien, die einzige seit Jahren von Sozialdemokraten verwaltete Großstadt der Welt, Wien, das mit dem alten Steuerherrscher gebrochen hat, Wien, das die städtischen Unternehmungen nicht zur Melancholie macht, sondern die Reichen zahlen läßt, das ist das Ziel kapitalistischer Hasser und die Reaktionäre sehnen den Tag herbei, an dem die rote Mehrheit fällt oder doch den, an dem sie in irgendeiner Frage schuldig wird. Die Wiener Arbeiterklasse zeigt aber wenig Neigung, diesen Tag herbeizuführen und so entläßt sich der Haß der Bourgeoisie in Gewaltmaßnahmen des Staates gegen das Bundesland Wien, in der Einschränkung der Steuerquellen in großzügigen Manövern des Finanzkapitals. Wien soll nach dem Wunsche der Christlichsozialen durchaus eine Anleihe aufnehmen. Nur eine Anleihe könnte die Wirtschaft retten und Wien sanieren (das gar keine Sanierung nötig hat!), so gröhlt die „Reichspost“, so jammert die „Neue Freie Presse“, so droht das „Neue Wiener Journal“, so flötet die „Stunde“. Die vom Finanzkapital ausgehenden Blätter suchen, jede auf seine Art, der Bevölkerung weiszumachen, daß eine Anleihe das sei, was Wien am nötigsten habe. Nun läßt sich aber einem Menschen schwer begreiflich machen, daß die beste Wirtschaftspolitik im Schuldenmachen bestehe. Wer seinen gesunden Menschenverstand beisammen hat, wird nicht verstehen, warum eine Kommune, die als einzige unter ihresgleichen ohne Schulden dasteht, Schulden machen sollte. Alle Schmalzeilen der bezahlten Presse, die wie die „Stunde“ unter dem Deckmantel der Wohlmeinung hegt, müssen versagen, wo die Vernunft das Gegenteil fordert. Auf dem christlichsozialen Parteitag hat der Gemeinderat Kunschak eine große Rede über Wien gehalten, in der er ebenfalls die Anleihe forderte. Nun muß das um so plumper wirken, da die Christlichsozialen gleichzeitig einen großen Angriff auf Wien ankündigten. Sie erhoffen eben von einer Anleihe den wirtschaftlichen Ruin Wiens und in seinem Gefolge den politischen Zusammenbruch der Sozialdemokratie. Auf die Rede Kunschaks hat in der letzten Sitzung des Gemeinderats Genosse Breitner geantwortet, seine Rede wurde zu einer Generalabrechnung mit der christlichsozialen Demagogie. Von den Argumenten Kunschaks blieb nicht eines bestehen, die Christlichsozialen waren bis auf die Knochen blamiert und als Kunschak nochmals vom Leder zog, erwiderte ihm Genosse Breitner in einer zweiten Rede, die von den Christlichsozialen mangels anderer Argumente mit Kravall quittiert wurde. Die Reden Breitners werden als Broschüre in einer Auflage von 600.000 Exemplaren gedruckt und jeder Wiener Familie unentgeltlich zugestellt werden. Damit dürfte der Feldzug der Finanzkapitalisten vorläufig erledigt und die christlichsoziale Offensive bis auf weiteres vertagt sein.

Genosse Breitner sprach zunächst über die grundsätzlichen Unterschiede zwischen sozialdemo-

kratischer und bürgerlicher Steuerpolitik und führte aus:

Die Erledigung des Rechnungsabchlusses bietet ebenso wie die des Voranschlags die Gelegenheit, das ganze Gebiet der Gemeindeverwaltung zu besprechen, vor allem

die Art der Geldaufbringung zu prüfen,

die ja für jede Verwaltung kennzeichnend ist. Das ist ausgiebig in diesem Saale geschehen. Noch mehr in der bürgerlichen Presse aller Richtungen angeregt durch den Wiener Christlichsozialen Parteitag, der ja ausschließlich Angriffen gegen das Rathaus gedient war. Es ist aber wieder überraschend noch unangenehm, daß wir den Gegenstand erbitterter leidenschaftlicher Kritik bilden. Das beweist lediglich, daß die Sozialdemokraten tatsächlich, und mit sühbarem Erfolg, andere Wege gehen als die Vergangenheit. An dem Tage, an dem unsere Steuerpolitik den Beifall des Herrn Stadtrates Kunschak findet, täten wir besser, gleich seiner Partei auch die Last der Verwaltung zu überlassen. Es war und ist seit Ende 1918 die große entscheidende Frage, um die der Kampf in allen Ländern geht:

wer die Kosten des Krieges bezahlen soll.

Frankreich hat sich vor kurzem der Illusion hingeegeben, daß Deutschland dieser Zahler sein und das eigene Land überhaupt keine finanzielle Nachwirkung verspüren würde. Dieser Traum ist vorüber, und seit Monaten kann die Welt beobachten, wie zwischen Großbürgertum auf der einen Seite, Kleinbürgertum und Arbeiterklasse auf der anderen wegen Verteilung der Steuerlast gerungen wird. In Deutschland hat es die Uneinigkeit der Arbeiterklasse bewirkt, daß der Auktionsverkauf durchlöcherter wurde, daß die Aufwertung der Aktien den Reallohn ungeheuer herabgedrückt hat. In Italien hat der Faschismus die Gewerkschaften zertrümmert und das Bürgertum von Steuerleistungen im weitesten Umfang befreit. Bei uns in Oesterreich war und ist die Sozialdemokratie stark genug, um ähnliche Attentate zu verhindern. Gewiß ist die Verarmung, in der uns dieser viereinhalbjährige wahnwitzige Krieg zurückgelassen hat, so fürchterlich, daß auch die breiten Massen der Bevölkerung darunter leiden müssen. Es ist aber gelungen, und insbesondere in Wien ist dies planmäßig geschehen.

Breitner bespricht dann im einzelnen die neuingeführten Steuern und zeigt auf, daß sie die bestehende Klasse zur Leistung der Abgaben heranziehen und die breiten Massen so weit als möglich entlasten. Kunschak hatte die Gesamtsteuerleistung der Wiener Bevölkerung durch die Kopfzahl dividiert und herausgefunden, daß jeder Wiener eine Steuerleistung von mehr als 100 Schilling (500 Kr.) aufzubringen habe. Breitner zeigte nun, daß derartige Divisionen nur bei dem bürgerlichen Steuersystem am Platze seien, das ja tatsächlich das Stück Brot des Arbeitslosen so hoch besteuert wie den Champagner des Millionärs, daß aber bei den gestaffelten Steuern der Gemeinde Wien die einfache Division einen Unsinn ergebe und daß

Kunschak schon etwas besser rechnen lernen muß, wenn er mitreden wolle.

Die Dienstbotenabgabe, die für die zweite Hilfskraft im Haushalte zu zahlen ist und sich mit jeder weiteren steigert, trifft natürlich weber den Arbeiter noch den Mittelständler, der sich im besten Fall eine Hausgehilfin halten kann. Sie trifft die reichen Wiener Industriellen- und Bankiersfamilien, das Großbürgertum und nur in seinem Interesse könne man die Aufhebung fordern.

Die Autosteuer wird auch die Arbeiterklasse kaum belasten und es sei direkt lächerlich, wenn Kunschak durchblicken läßt, daß bei Aufhebung der Autosteuer auch in Wien jeder Arbeiter sein Auto haben könnte. Wenn Kunschak aber in der Autosteuer eine Belastung der Industrie sieht, so möge er seine Lehren an die christlichsoziale Mehrheit in niederösterreichischen Landtag richten, die zwar nicht die Luxusautos, wohl aber die Lastautos und die in Wien steuerfreien Motorräder mit einer weit höheren Abgabe belegt, als sie in Wien für die Luxusautos besteht.

Die Fremdenzimmersabgabe ist ebenfalls in dem christlichsozialen Niederösterreich viel höher als in Wien, wo sie gestaffelt ist und vor allem die Hotelpaläste auf der Ringstraße trifft, die kaum ein Arbeiter besuchen dürfte. Mit der Duftbarkeitsabgabe, mit der Besteuerung der Trabrennen, mit der Kino- und Theaterabgabe ist es ähnlich. Alle diese Steuern treffen entweder nur den Kapitalisten, oder sie sind so gestaffelt, daß der arbeitende Mensch nur einen Bruchteil dessen zahlt, was der Kapitalist entrichtet.

Breitner fährt fort:

Die Wohnbausteuer müssen allerdings alle entrichten. Dafür ist sie aber staffelmäßig so aufgebaut, daß sie bei den Kleinwohnungen mit dem Dreihundertfachen beginnt und bei den Großwohnungen in Villen und Palästen mit dem Sechshundertfachen endet. Bloßes Dividieren führt daher, wie ich später noch an einem besonderen Beispiel zeigen werde, zu einem völlig falschen Ergebnis. Die Rechnung des Herrn Stadtrates Kunschak stimmt also nicht. Ja, wenn einmal das Ideal der christlichsozialen Steuererhebung verwirklicht wäre, wenn alle Sondersteuern verschwinden und in die Warenumsatzsteuer umgewandelt sind, dann mag die einfache Division am Platze sein. Die Warenumsatzsteuer des Bundes ist so geartet. Sie belastet das Stück Brot, das sich der Arbeitslose von seiner länglichen Unterstüßung kauft, ganz genau in demselben Maße wie das Stück Brot, das jemand zum üppigen Mahle beim Sacher verzehrt. Die Wiener Steuern aber zeigen ein ganz anderes Bild. Einige Fälle nur aus der erdrückenden Fülle des Materials.

Jene Wiener Familie, deren Reichtum sprachwörtlich ist,

zahlte an Hauspersonal, Kraftwagenabgabe und Wohnbausteuer im Jahr 1925 6693 Millionen Kronen, ferner an Fürsorgeabgabe vom Geschäftsbetrieb 1182 Millionen, zusammen also das nette Einkommen von 7875 Millionen Kronen. Es handelt sich dabei insgesamt um etwa acht Personen. Da geht der durchschnittliche Schlüssel doch schon einigermaßen über die Errechnung des Herrn Stadtrates Kunschak hinaus!

Dieser eine Haushalt zahlt soviel, wie beim bloßen Dividieren auf 6016 Wiener entfällt!

In der Vorkriegszeit allerdings — unter der glorreichen Verwaltung der Christlichsozialen — hat es keine Hauspersonalabgabe, keine Autosteuer, keine Fürsorgeab-

gabe gegeben. Es existierte keine gestaffelte Skala der Wohnbausteuer. Die in Eigenbenützung stehenden Palais wurden lächerlich gering im Mietwert angenommen. Da war es also wohl richtig, daß auch die Reichen der Reichen nicht viel mehr gezahlt haben als jeder arme Teufel. Nicht einmal, wenn sie beim Sacher soupierten, da ja die so schauderhafte Nahrungsmittelabgabe noch nicht erfunden war. Nicht einmal, wenn sie zum Kennen führen oder in einer Theaterloge saßen, da ja die so fürchterliche Lustbarkeitsabgabe nicht bestand.

Ein anderes Beispiel: Acht Wiener Nachtlokale haben im vorigen Jahre 10.128 Millionen Kronen an Gemeindefiskal abgeliefert. Die nicht einzeln zu ermittelnde Inzeraten- und Plakatabgabe sind dabei nicht inbegriffen. Die Wiener Arbeiter und Angestellten, die Kleingewerbetreibenden, die Ärzte, Lehrer, Rechtsanwältinnen, Professoren, sind nicht die Besucher von Tabarin, Moulin rouge, Parfums oder Pavillon! Aus diesen

acht Nachtlokalen wurden also nicht weniger als 7788 Kunschaksche Steuerheiten

herausgeholt. Die beiden auf dem Inzeratengebiet maßgebenden Wienerer Blätter haben im Jahre 1925 für sich und ihren Kongern an Gemeindefiskal 20.424 Millionen Kronen bezahlt. Vielleicht liegt darin auch das Geheimnis, warum die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung eine schlechte Presse hat! Diese zwei Blätter zahlen also die Gebühr, die beim bloßen Dividieren auf 15.602 Einzelpersonen entfällt.

Im weiteren Verlauf seiner Rede kam Genosse Breitner auf die Verwendung der Gemeindegelder zu sprechen. Er verwies auf die großen Leistungen der Gemeinde, die hunderte von Spitälern, Erholungsheimen und Bildungsstätten, das gesamte niedere Schulwesen und eine Reihe gemeinnütziger Unternehmen erhalte, ohne von dem Ertrage der Unternehmen einen Groschen für andere als in das Unternehmen selbst fallenden Zwecke zu verwenden. Der elektrische Strom ist so billig geworden, daß eigentlich jetzt erst Wien von der Elektrizität erobert wurde, das Gas sei fast um die Hälfte billiger als vor dem Kriege, die Straßenbahn hat niedrigere Tarife als unter dem christlichsozialen Regime und dabei werden die Angestellten der Gemeinde so bezahlt, daß sie heute die bestbezahlte Arbeiterkategorie in Oesterreich darstellt.

Dann weist Genosse Breitner nach, daß durch das Schuldenmachen nichts erspart wird, daß die Zinsen einer Anleihe soviel kosten würden, wie die Wohnbauten und daß die Forderung nach der Anleihe gleichkomme der Forderung nach der Unterwerfung Wiens unter das Joch der Finanzkapitalisten. Er sagt:

Es sind also lächerliche Hoffnungen auf Steuerherabsetzungen, die aus Schuldenmachen geknüpft werden.

Gerade das Gegenteil ist wahr! Das wissen die Christlichsozialen genau so gut wie wir. Im Frühjahr 1919 hat in diesem Saale Herr Dr. Riebenböck uns den — ich darf nur sagen — teuflischen Rat gegeben, die Erhöhung des Straßenbahntarifs von 20 auf 40 Heller zu unterlassen und statt dessen eine Anleihe aufzunehmen. Wären wir nach dem Riebenböck'schen Rezept vorgegangen, würden die städtischen Unternehmungen längst in den Händen der Banken sein, wie dies der Bürgermeister Weißbacher mit seinem Antrag auf Verkauf eines Teiles der Gaswerke an die Länderbank im Jahre 1919 im provisorischen Gemeinderat einleiten wollte. Ebenso wenig ist es möglich, Aufwendungen, die

Die Beute.

II.

Von Fritz Rosenfeld.

So lieb er es gesehen und hielt Hochzeit mit Lauretta, sein Blut wollte nicht schweigen, so rot es ihm auch in die Wangen schloß, wenn die Blide des Spottes ihn trafen. So hielt Dario Hochzeit an einem Sonntagmorgen, der wie ein Frühlingstunder über der Erde lag, und alle Blumen, die ihm zulachten, höhnten ihn, und alle Vögel, die an seinem Wege sangen, verlachten ihn, und nur eine Blume sah ihm mit ihren Sternenaugen klar ins Antlitz, die eine, die mitten auf dem Wege stand und die er niedertreten mußte, als er langsam über die steinernen Stufen der Kirche stieg.

Da war ihm, als weinte diese Blume in den Klängen der Orgel, die um ihn webten, leise, gedämpft, als kämen sie aus einer andern Welt. Und es war ihm, als wären all die andern Blumen am Wege, die lachten, in den Augen Laurettas, als er sie ansah, und als wären all die höhniischen Stimmen der Vögel in der Stimme Laurettas, als sie hell und klar ihr Ja sprach.

Dann raste ein Tag im Sturm vorüber, die Fiedeln jubelten und die Becher klängen, die Tänzer glitten über die blanken Dielen und Sachen siderte silberhell durch die träge, schwere Luft. Und draußen fuhr ein warmer Hauch durch das erste Grün der Wipfel. Da floh Dario in den Garten und weinte. Weinte um die Blume, die er niedertreten, und um seine Seele, und weinte um die Menschen dort drinnen, die sein warmes Blut aus ihren Bechern tranken und taugten auf dem Grabe seines Lebens.

Als der Morgen graute, gingen die letzten Gäste fort.

Was aber in dieser Nacht geschah, das weiß

niemand in der stillen Stadt der vielen Türme, und niemand sah Dario seit jenem Tage wieder. Lauretta aber lag bleich und tot, mit durchschnittenem Kehle, in ihrem Bette.

Eine Blume, eine gemeine Blume, wie sie an staubigen Straßenecken im Sonnenbrand kümmerlich ihr Dasein fristen, lag neben ihr, zertreten, gebrochen, entblättert.

Der Räuber Dario steht steil gegen das Segel gelehnt. Immer ferner wird die Insel, immer kleiner. Und als längst schon ihre Häuser nicht mehr auszunehmen waren und nur die Spitze des Kirchturmes noch rotstimmend in der Sonne stand, ließ noch in breiten, schweren Wellen ein endloses Weinen über die See, als wollte es das Schiff niemals aus seinen wunden Armen lassen, als wollte es den ehernen Bug der schlanken Brigg wieder wenden und hinziehen zu dem fahlen Dorfe, von dem es ausging.

Dort aber lagen die Toten auf der Straße, dort rauchten die Häuser, dort jammeten die Menschen. Und dort stieg ein Fluch auf gegen den Himmel, steil wie eine marmorne Säule.

Das Wimmern floh hin über die See, in lauten, schweren Wellen, aber der Fluch erreichte nicht das Ohr Darios, der steil und stumm gegen das schimmernde Segel gelehnt stand und mit der Hand Befehle winkte.

Die Jahre vorannten, um die Erde rollte Darios schlankes Schiff, gepackt vom Haß seines Gobieters. Eine fahle Spur von Leid zog es hinter sich her, Weinen war an seinen Masten, Wimmern in seinen Tauen, die in dicken Rollen auf dem Deck lagen, die Laterne gespensterte Totenschweiß des Nachts über die dunklen Fluten und die Basetten der Rationen ächzten, wenn Dario Brandfackeln in die Schiffe und Häuser der Menschen sendete.

Sein Raubnest, irgendwo versteckt zwischen Klippen und Korallenriffen, war voll der kostbarsten Schätze und der armseligsten Geräte. Teppiche lagen in's Hoch auf dem Felsenboden und hingen an den Wänden, Gold starre in allen Winkeln, Edelsteine blühten aus allen Truben, Waffen rosteten in den Kellern, aber auch die Reste armer Fischer, die Pflüge armer Bauern, die Hämmer armer Schmiede und die Hobel armer Tischler lagen in den Kammern seiner Feste, denn Dario haßte die Menschen.

Manchmal aber, da kam es vor, daß er seine Gefährten Feuer schüren ließ, wenn sie Rast hielten nach langer Fahrt, und aus einem Stück Gold Ringe zu schlagen begann, seine, sirlische, kostbare Ringe — und sie in die Sonne hielt und ein Funkeln in ihnen suchte, das nicht in ihnen war, oder auch nur das Antlitz Laurettas, daß er so unendlich haßte. Aber nichts als ein fahles Gold fand Dario, ein fahles Gold, das starr und tot blieb, machte die Sonne noch so klar und rein über den Korallenriffen seines Nestes liegen und die armen Gräber auf den Klippen versengen. Da warf Dario die Ringe ins Meer und sah lange, lange hinaus und sein Auge saugte sich fest am Horizont, als wollte es ihn durchdringen und eine neue Küste unter ihm suchen, die noch keines Menschen Fuß betreten.

Und keiner der Gefährten durfte singen, wenn Dario nahe war, und als er einmal einen dabei gefehen, wie er eine Blume niedertrat, eine kleine, halbtotelle Blume, wie sie nur ein Klippenrand auf hartem Felsboden im brennender Sonne kümmerlich ihr Dasein fristen — da packte er ihn und schleuderte ihn ins Meer, daß die Rameaden ihn mühsam herausfischen mußten.

Immer wider wurden die Raubzüge, und immer reicher die Beute. Darios Schätze wollten die Felswände sprengen, so prall waren die Kammern gefüllt, so hoch standen die Schätze mit

gemünztem Gold an den Mauern, so reich lag das Geschmeide auf dem Boden umher. Und immer wider wurde Darios blind und immer härter seine Faust, immer länger sein Wort, immer größer seine Stimme und immer öfter blidte er gegen den schmalen Streifen, in dem Himmel und Meer in eins verschmolzen.

Und da geschah es einmal, daß seine Finger zitterten, die modernen Finger. Feiner offener Hand, und sein Blick ganz weich wurde, der stählerne Blick des Räubers Dario, und seine Frauen sich hoden — und dann sank er zu Boden — und weinte ...

Eines Tages aber stand er in den Kammern seiner Burg, und wählte in den aufgehäuften Schätzen, und bohrte seine Hände in das Gold, das kühl um seine Arme spielte, und begrub sein Gesicht darin, daß das gelbe Metall seine Stirn kühlte, und sprang auf und stieß die Truhe um, daß die Münzen über den Boden rollten und hart gegen den Fels klängen, an den Rändern der Teppiche. Und ließ das Schiff rücken und fuhr hinaus aufs Meer, mit wenigen Gefährten, und fuhr hinaus, jene zertretene Blume zu holen, die keine Seele war, fuhr hinaus, sich selbst wieder zu holen aus den Gefilden der Jugend, fuhr hinaus, den Menschen zu suchen.

Und segelte ein Jahr lang um alle Küsten und sah in das Auge unzähliger Menschen, in das Auge der Frohen, mit denen er zechte, in das Auge der Gedrückten, die er marterte, in das Auge der Mutter, der er das Kind nahm, in das Auge der Braut, der er den Liebsten entriß, in das Auge des Vaters, dem er den Sohn gelohet, in das Auge des Weislichen, dem er Beutel voll Gold in den Schoß warf, in das Auge des Bettlers, dem er seine Kleider gab — und fand den Menschen nicht.

Fortsetzung folgt.

nicht den Zinsendienst selbst besorgen ... a. durch Anleihen zu bestreiten. Jetzt möchte der Stadtrat Kunschak uns dazu bringen, für Wohnhausbauten Anleihen aufzunehmen. Die nächste Folge wäre selbstverständlich das Verlangen, daß die Bewohner in den Gemeindefürsorgeberaten hohe Mietzinsen zahlen müßten, daß damit die Zinsen und die Rückzahlung der Anleihen bestreiten werden können. Das würde zumindest den 24.000fachen Mietzins bedeuten. Dann wäre die Bahn selbstverständlich frei für die Aufhebung des Mieterschutzes, für dieses heißeste Ziel der christlichsozialen Partei. Stadtrat Kunschak hat sich darüber aufgeregt, daß ein Wiener im Durchschnitt 130 S. jährlich an Abgaben bezahlen müsse. Ich habe die Unrichtigkeit dieser Behauptung nachgewiesen. Aber selbst wenn sie wahr wäre, was bedeutet diese Belastung, für die doch schließlich das ganze Schulwesen in Wien erhalten, alle Fürsorgeeinrichtungen betrieben, Straßen, Kanäle, Häuser gebaut, die Feuerwehr unterhalten wird.

kurz eine Fülle unentbehrlicher und nützlichster Einrichtungen für die Gesamtbevölkerung da steht.

gegenüber jener unvergleichlich größeren Belastung durch die Forderung und Abschaffung des Mieterschutzes? Das würde sich nicht vollziehen zugunsten der Allgemeinheit, sondern zugunsten von höchstens zwanzigtausend Personen! Unter ihnen die tote Hand, Klöster und Stifte, darunter mit Sicherheit rund der Hälfte aller Wiener Wohnungen und Geschäftsleute, Ausländer! Eine unerhörte, tausende Milliarden umfassende Summe würde alljährlich als ein die Volkswirtschaft völlig erschöpfender Tribut ohne jedwede Gegenleistung in das Ausland abströmen! Das Ausland hat in den Inflationsjahren für einen Pappentitel, von der christlichsozialen Bundesregierung durch kein Gesetzesverbot behindert, Wiener Häuser zusammengekauft. Das Ausland ist auch jetzt noch lauffähig und beutehungslustig. Wenn nur einige Hoffnung winkt, daß sich die verhängnisvollen Pläne der Regierung verwirklichen, werden sich die Ausländer neuerlich auf die Wiener Häuser stürzen

und das Werk der Verflaubung Wiens vollenden. Wenn sich Wien trotz Krieg und Niederlage, trotz Zerreißung des Wirtschaftsgebietes noch ein bißchen Glück und Trost bewahrt hat, so dankt es dies einzig und allein der seit 1919 rastlos betriebenen Aufbauarbeit der Gemeinde.

Diese Arbeit vermindert immerhin die Zahl der Arbeitslosen um Zehntausende,

der großzügige, in der Welt beispiellos dastehende Fürsorgeapparat lindert das Elend, ein modernes Schulwesen rüstet die Jugend für den künftigen Lebenskampf besser als je vorher, fünfundsiebenzigtausend neue gesunde Wohnungen, auf deren Vollendung immer weitere folgen werden, verbessern einschneidend die Lebenshaltung eines großen Teiles der Wiener Bevölkerung. Unentwegtes Festhalten am Mieterschutz wird verhindern, was das Streben der Lager der Christlichsozialen vereinigten Bürgerlichen ist, daß die breiten Massen der Bevölkerung, wie es früher immer gewesen ist, auch diesmal allein die Kriegskosten bezahlen. Dem neuen Wien des werktätigen Volkes gilt unsere Arbeit und nur auf diese Weise wird Wien wieder glücklich und froh werden.

In seiner zweiten Rede zerpfückt Genosse Breitner die lächerliche Behauptung Kunschaks, daß die Dienstbotenabgabe die Haushalte ruiniere und erklärt, er wolle lieber die Namen jener Bankbrüchigen verschweigen, die ihre Luxusbaubauwerke auflösen mußten, nicht, weil die Dienstbotenabgabe zu hoch war, sondern weil sie an der Frankenspekulation teilgenommen hatten. Sie seien durchwegs die Parteigenossen Kunschaks. Als die Christlichsozialen von der Beteiligung der Gemeinde an der Umsatzsteuer sprechen, erwiderte Breitner:

Wir stellen nochmals fest, daß die Gemeinde sofort auf diesen Anteil verzichtet, wenn man ihr wieder die Zuschläge und die Luxuswarenabgabe bewilligt. Der Ertrag der Warenumsatzsteuer geht in die Hunderte von Milliarden. Hier wird wirklich das Stückchen Brot des Arbeitslosen besteuert. Sie behaupten, daß durch die Lustbarkeitsabgabe die Schauspieler geschädigt werden. Lassen Sie sich doch die Berichte aus Deutschland, Ungarn und so weiter kommen und Sie werden sehen, daß auch in diesen Ländern die gleichen Verhältnisse bestehen. Wir haben hier eine internationale Krise. Wenn Sie irgendwo einen Gegenlag finden können, so doch nur den, daß die Gemeinde sieben Prozent Lustbarkeitssteuer einhebt, während

der Bund sieben Prozent Reklsteuer einreibt.

Kunschak hat auch gesagt, daß Vergleiche mit Berlin deshalb unangebracht sind, weil wir keine Berliner Löhne zahlen. Da kann nur erwidert werden, daß wir auch keine Berliner Mietzinsen zahlen. (Beifälliger Beifall bei der Mehrheit.)

Die wirkungsvolle Rede des Genossen Breitner, bei der den Christlichsozialen schließlich die letzten demagogischen Schlagreden ausgehen, schließt mit den Worten:

Wenn hier auch von einem Trümmersfeld des Wirtschaftslebens gesprochen worden ist, so ist es fälschlich, wenn Sie glauben machen wollen, daß dies eine Wirkung unserer Verwaltung ist. Das ist nur das Erbe des Krieges, das wird aber niemand beseitigen durch die Herstellung des Ertragswertes der Häuser. Da kann ich nur sagen,

daß wir das nicht zulassen werden! Es ist uns das geradezu tragische Schicksal beschieden worden, diese Stadt in einer Epoche des Zusammenbruchs zu verwalten, und wir haben diese schwere, diese fürchterliche Aufgabe übernommen und werden sie tragen mit dem stillen Ernst und der sachlichen Eingabe, die überhaupt möglich sind. Wir vertragen auch die Kritik; sie wird aber an den Grundgedanken unserer Politik nicht das mindeste ändern. Wir werden nie zulassen, daß die Kosten des Krieges, wie dies früher immer war, auf die Schultern der Befehllosen gewälzt werden, die ohnehin schon im Kriege die größten Opfer gebracht haben. Und wir werden nie zulassen, daß den Wienern das Obdach genommen wird, wie es die christliche Nächstenliebe gern haben möchte. (Stürmischer Beifall und Hochrufe auf Breitner.)

Breitners Rede bedeutet ein Stück Klassenkampf und eine Rechtfertigung sozialdemokratischer Politik, die in ihrer Bedeutung weit über Wien hinausreicht. Sie richtet alle Feinde des roten Wien, wo immer sie hegen und

Nette Zustände bei den reichsdeutschen Kommunisten.

Eine „Linke“ und eine „Ultralinke“. — Schwere innere Kämpfe. — Gegen das Moskauer Diktat. — Die „Reinigung“ beginnt.

Berlin, 31. März. (Eigenbericht.) In der kommunistischen Partei Deutschlands geht es wieder einmal drunter und drüber. Obwohl die Fraktionsbildung in der Partei aufs strengste untersagt ist, haben sich beträchtliche Gruppen als sogenannte Linke und Ultralinke etabliert, die eigene Mittelungsblätter herausgeben und mit Druckschriften und Rundschreiben gegen die von Moskau eingesetzte Parteizentrale vorgehen. Die kommunistische Presse sucht den Umfang dieser inneren Kämpfe zu verkleinern, wie sie ihre Leser auch erst dann von den Vorgängen unterrichtet, wenn sozialdemokratische Blätter bereits Einzelheiten darüber berichten.

Es steht nun fest, daß eine Reihe prominenter Führer an der Spitze der Opposition steht; Wortführer sind die kommunistischen Reichstagsabgeordneten Korsch, dann Schlagwert und Urban, die bis vor kurzem in der kommunistischen Partei noch eine große Rolle gespielt haben. Sie machen der Zentrale zum Vorwurf,

daß sie „sozialdemokratische Politik“ betreibt, darüber aber die Revolution und den Klassenkampf vergesse. Man findet in den Gründen, mit denen die Opposition die Zentrale bekämpft, dieselben Wortspielereien, wie sie sonst von den Kommunisten gegen die Sozialdemokraten gebraucht werden. Die vor kurzer Zeit zu Ende gegangene Sitzung der erweiterten Exekutive in Moskau, die sich ausführlich mit der sogenannten deutschen Frage beschäftigte, hat diese Auseinandersetzungen zwischen den deutschen Kommunisten noch außerordentlich verschärft. Und schon beginnt die „Reinigung“. So teilt die „Rote Fahne“ mit, daß der kommunistische Landtagsabgeordnete Weitzer-Gotha, der bisher einer der Führer der kommunistischen Partei in Thüringen gewesen, wegen arger Disziplinverstöße aus der Partei ausgeschlossen worden sei. Diefem Pinauswurfs dürften noch andere folgen.

Um das Verhältniswahlrecht.

Diskussion in der tschechischen Presse.

Wir haben bereits mehrmals darauf hingewiesen, daß sich im Hauptorgan der tschechischen nationalsozialistischen Partei faszistische Strömungen bemerkbar machen. Schon vor ungefähr zwei Jahren wurde der Versuch gemacht, eine faszistische Organisation zu gründen, aber das Kind, das die Herren Prof. Mareš und Abg. Dyl aus der Taufe hoben und dem sie den Namen „Narodni hnutí“ (Nationale Bewegung) gaben, blieb schwach und krank und führte ein von der Öffentlichkeit unbeachtetes Leben. Seitdem nun der Nationalsozialist Stříbrný Nationalverteidigungsminister geworden ist — die Herrlichkeit hat nicht lange gedauert — scheint er sich dazu berufen zu fühlen, den Reiter des Staats zu spielen zu wollen. Durch seinen journalistischen Leibjäger Dr. Kahánek läßt er von Zeit zu Zeit im „Čestě Slovo“ seine Reize zur Heilung der kranken Regierungsmehrheit anpreisen und soletiert hierbei mit Mitteln, die mit der Demokratie nichts zu tun haben, diese vielmehr mittels faszistischer Methoden zu „ergänzen“ und zu „verbessern“ suchen. In der Sonntagsnummer des genannten Blattes hat die nationalsozialistische Stimme aus dem Hintergrund darüber gemurmelt, daß das Wahlrecht in die gesetzgebenden Körperschaften der Tschechoslowakischen Republik zu ideal und „ausgeschlossen mit Rücksicht auf die Wähler gemacht“ sei, aber nicht „zur Gewinnung einer Regierungsmehrheit im Staat“. Nach der Meinung des Herrn Dr. Kahánek, beziehungsweise des Kriegsministers in Pension, Herrn Stříbrný, leidet der Staat, in dem sich der Polizeimann von Fischern die Rechte des Präsidenten der Republik aneignet — an zuviel Demokratie. Der größte Schönheitsfehler an der Republik ist nämlich, nach Dr. Kahánek, das Verhältniswahlrecht, das die unangenehme Folge hat, die Meinung der Bevölkerung unberücksichtigt in Erscheinung treten zu lassen. Das dritte Stratum hat zwar der Minderheit der Bevölkerung zur Mehrheit der Mandate verholfen, aber diese Mehrheit ist so klein, daß man sie größer machen muß. Das sind die Sorgen derjenigen, die der Koalitionsregierung heiße Tränen nachweinen.

Vorläufig finden die Nationalsozialisten bei den anderen tschechischen Parteien wenig Gegenliebe für den Plan der Abschaffung, beziehungsweise Abschwächung des Verhältniswahlrechtes. Mit Interesse wird man die Enthusiasmus zur Kenntnis nehmen, mit der die Nationaldemokraten am Verhältniswahlrecht festhalten. So schreiben die „Narodni Listy“:

Das allgemeine, gleiche und geheime Stimmrecht mit Verhältniswahl ist unser Gesetz und eines der staatsbürgerlichen Grundrechte. Damit hat unser Staat einen gebührenden Anteil an der staatsrechtlichen Gerechtigkeit begründet und hat sich gleichzeitig mit einem Schlage wirkliche Anerkennung in der ganzen Kulturwelt errungen, die unsere staats-

schüren. Sie ist eine Abrechnung auch mit unseren Bürgerlichen, mit unseren Merkmalen und mit den Rationalsozialisten, die als unentwegte Bekämpfer des Finanzkapitals nach Gattermayers Rezept nicht umhin können, den Kampf für die Unterjochung Wiens unter die Macht des Finanzkapitals mitzulämpfen. Der „Tag“, der in brüderlicher Gesinnungsgemeinschaft mit der „Stunde“ des Budapesters Juden Befestigung dafür kämpft, daß Wien die Steuern abbaue, die von den Kapitalisten lästig empfunden werden und eine Anleihe aufnehme, ist durch Breitners Rede nicht minder moralisch als Helfer der Finanzkapitalisten gerichtet als die „Deutsche Presse“. Aus dem Beispiel Wiens können die Arbeiter lernen, welches der Unterschied zwischen bürgerlicher und kapitalistischer Aufbauarbeit ist. Die Rede Breitners sollte auch in unseren Reihen alle Beachtung finden, die ihr gebührt. Sie sollte jeden Arbeiter nicht nur selbst in seiner Ueberzeugung stärken, sondern ihn auch begeistern zu rastloser Werbearbeit für die Idee des Sozialismus!

schöpferische Kraft und die Größe unseres Glaubens an unsere innere Lebenskraft bewundert hat. Und nun sollen wir selbst jenen Ideellen, sittlichen und politischen Erfolg zunichte machen?

Auch die Agrarier wollen von der Abschaffung des Verhältniswahlrechtes nichts wissen. Der „Benšov“ erinnert daran, daß das Verhältniswahlrecht in der Zeit des Höhepunktes der Macht der sozialistischen Parteien ein wertvoller Schutz der agrarischen Interessen gewesen ist. Es wird dann weiter ausgeführt:

Deswegen müssen Landwirte und Mittelstand das Verhältniswahlrecht streng schützen. Die Verhältniswahl hat uns die Grundlagen geschaffen, auf denen wir zu den Erfolgen bei den zweiten Wahlen — im Jahre 1925 — gelangt sind, sie wird uns auch weiteren Erfolgen entgegenführen ...

Dagegen sind die Merkmalen eher geneigt, über das Verhältniswahlrecht mit sich handeln zu lassen. Die „Lidove Listy“ schreiben unter anderem:

Das Mehrheitswahlrecht ist durch die Verfassung untersagt, aber die menschliche Erfindungsgabe wäre sicher imstande, sich eine Wahlordnung auszubedenken, die in der Theorie das Prinzip des Verhältniswahlrechtes bestehen ließe, in der Praxis sich aber sehr der Mehrheitswahl näherte. Die Behauptung, mit der sich die tschechischen Sozialisten für die Aenderung der Wahlordnung schloßen, ist ein Beweis, daß die Angelegenheit aktuell ist und ernsthaft erwogen wird. Die letzten politischen Kombinationen werfen die Möglichkeit auf, daß im Sommer Neuwahlen in die Kammer stattfinden und daß die Regierung Černý vorher eine Aenderung der Wahlordnung durchsetzen wird.

Völlig abweisend verhält sich jedoch das Blatt der tschechischen Sozialdemokratie „Pravo Bida“, welches zwar die Schwierigkeiten der Mehrheitsbildung im tschechischen Parlament anerkennt, den Hintermännern des „Čestě Slovo“ aber vorwirft, es handle sich ihnen einfach darum, Stimmung für eine plötzliche Aenderung der Wahlordnung zu machen, die einer künstlichen Mehrheit den Boden bereiten und durchaus nicht der Demokratie dienen würde. Die Reform der Wahlordnung in der Richtung einer Halbdictatur würde keine starke Demokratie schaffen, würde sie auch nicht heilen können. Es handle sich nicht darum, zu herrschen, sondern um mehr, nämlich um die Kunst, zu regieren. Und wo man es nicht verstehe, zu regieren, dort lasse sich auf die Dauer auch nicht herrschen.

Das „Čestě Slovo“ tritt auch schon in seinem getriggen Leitartikel den Rücksicht an und behauptet nun, daß es stets nur an eine verfassungsmäßige Aenderung des Wahlrechtes gedacht

habe. „Wir werden uns darum beizeiten bemühen“, spricht Stříbrný durch den Mund Dr. Kahánek, „weil wir nicht wollen, daß durch das heutige Durcheinander, durch die Hypertrophie der Parteien (gemeint ist ihre Anzahl, D. Red.) und die wirtschaftliche Untätigkeit der Parlamentarismus kompromittiert werde“. Georg Stříbrný, der keine Mussolini, hat Angst um den Parlamentarismus. Die Lage hat Angst um die Maus!

Der Regierung scheint die Diskussion in einer Zeit, da ihr die Geirdebeizelle am Herzen liegen, nicht sehr eitimgemäß zu sein. Die „Prager Presse“ hält eine Aenderung der Wahlordnung „zumindest für verfrüht“, was zwar befragt, daß in der aller-nächsten Zeit die Regierung dem Abgeordnetenhaus eine Aenderung der Wahlordnung nicht vorzulegen die Absicht hat, immerhin aber die Möglichkeit einer Wahlreform doch nicht ganz ausschließt. Daß eine Partei, die sich für demokratisch nennt, an die Beseitigung des Verhältniswahlrechtes, dieser großen Errungenschaft der Nachkriegszeit, denkt, ist allenfalls bezeichnend für den Verfall der Demokratie und den Mißbrauch mit dem Begriff „Sozialismus“, der hierzulande getrieben wird.

Teilnahme Deutschlands an der Rats-Kommission.

Das Reichskabinett beschließt die Mitwirkung an der Lösung der Ratsfrage.

Berlin, 31. März. (Wolff.) Das Reichskabinett hat sich in seiner heutigen Sitzung mit dem vor kurzem vom Generalsekretär des Völkerbundes der deutschen Regierung mitgeteilten Beschluß des Völkerbundes beschäftigt, wodurch Deutschland eingeladen worden ist, an den Beratungen der Kommission teilzunehmen, die demnächst die Frage der Zusammensetzung des Rates sowie der Zahl seiner Mitglieder und des Verfahrens ihrer Wahl prüfen soll.

Im Reichskabinett ist bei dieser ersten Erörterung der Angelegenheit die einmütige Auffassung zutage getreten, bei der weiteren Behandlung der vorstehend gekennzeichneten Ratsfrage mitzuwirken. Die Beschlußfassung und die sachlichen Einzelheiten sind einer späteren Kabinettsitzung vorbehalten.

Ständige Ratsitze nur den Großmächten.

Berlin, 31. März. Wie aus der offiziellen Mitteilung über den heutigen Kabinettsrat hervorgeht, hat das Kabinett noch nicht formal die Annahme der Einladung zur Teilnahme an der Genfer Kommission beschlossen. Es wird vielmehr nur ausdrücklich davon gesprochen, daß es bei der Lösung der Frage mitwirken will. Die endgültige Zusage dürfte, wie aus gut informierten Kreisen verlautet, erst erfolgen, wenn man auf diplomatischem Wege ein genaueres Bild von den Absichten der Kommissionsarbeit erlangt haben wird. Infolgedessen sind in der nächsten Zeit in den wichtigsten Hauptstädten Sondierungen der deutschen Vertreter zu erwarten, die sich nicht damit begnügen werden, die Auffassung der anderen Mächte zu erkunden, sondern die auch den deutschen Standpunkt bekanntgeben werden. Die Hauptpunkte dieser deutschen Auffassung sind:

1. Aufrechterhaltung der Einstimmigkeit bei den Beschlüssen des Rates,
2. Strenge Durchführung des Grundgesetzes, daß ständige Ratsitze nur den Großmächten vergeben werden und
3. Einführung eines festen Turnus in der Besetzung der nichtständigen Ratsitze.

Regierungskrise in SHS.

Radic gegen Vasic. Belgrad, 31. März. Im heutigen Ministerrat stellte Unterrichtsminister Radic die Forderung nach Einberufung der Stupichtina für den 8. April, wogegen Vasic die Stupichtina erst für den 5. Mai einberufen will. Der König berief darauf beide nacheinander ins Palais. Radic erklärte, daß von einer Zurückziehung seiner Forderung keine Rede sein könne und daß er und die kroatischen Minister, falls ihre Forderung nicht angenommen werde, ihre Demission einleiten werden. Da auch Vasic nicht gewillt ist, die Forderung Radics zu erfüllen, wird der Ausbruch einer Ministerkrise für morgen gewärtigt.

Neuwahlen in Rumänien.

Bukarest, 31. März. (Mador.) Gestern fand die erste Sitzung des Ministerrates unter dem Vorsitz Averescus statt. Es wurde beschlossen, die Parlamentswahlen am 25. Mai vorzunehmen, und das Programmmanifest an das Volk genehmigt. Im Lande herrscht volle Ruhe. Die neue Regierung wurde mit Vertrauen und Dankbarkeit aufgenommen.

Der Nachfolger Farinacci.

Rom, 31. März. (Stefani.) Der Große faschistische Rat hat den Rücktritt Farinacci angenommen und den Abgeordneten August Turati zum Generalsekretär der Partei ernannt. Ihm werden vier Vizegeneralsekretäre zur Verfügung gestellt werden.

Streit der Schneidergehilfen in Komotau

Die Kreisgewerkschaftskommission in Komotau verläuft:

Im Schneidergewerbe in Komotau ist wegen Lohnunterschieden ein allgemeiner Streit ausgebrochen. Zugun ist strenge fernzuhalten. Die Parteiblätter werden um Nachdruck ersucht.

Sozialdemokratische Protokollversammlungen.

Wir erhielten noch folgende Berichte über die Versammlungen, die am 28. März stattfanden:

Igalau.

Hier fand am Samstag abend im Bräuhause eine ausgezeichnete besuchte Versammlung statt. Genosse Chromy führte den Vorsitz der Versammlung, welche nach altösterreichischer Sitte durch die Anwesenheit eines Regierungsvertreters verschönt war. Referent war Senator Genosse Riecher, dessen mehr als eineinhalbstündige Ausführungen über das unruhigende Ende der Koalition und die gegen die arbeitende Bevölkerung geplanten Steuer- und Zollentlastungen den lebhaftesten Beifall der Versammelten fanden. Die Versammlung war ein Zeichen, daß die Sozialdemokratie, die in Igalau eine Zeit lang durch die kommunistische Partei lahmgelegt war, dort wieder in rüstigem Vormarsch sich befindet.

Mährisch-Trübau.

In Mährisch-Trübau fand am Dienstag eine Protokollversammlung gegen Steuerdruck und Sprachentzug statt. Der städtische Ratsaal war gut besucht, als Genosse Friedel um 6 Uhr abends die Versammlung eröffnete. In eineinhalbstündiger Rede schilderte Gen. Dr. Strauß, von häufigen Zustimmungsrufen unterbrochen, die wirtschaftliche Notlage und die politische Bedrückung der deutschen Arbeiterschaft in der Tschechoslowakei, wobei er insbesondere auf die neuen Steuerpläne, die geeignet sind, die Lebenshaltung der Arbeiterschaft noch tiefer zu senken, hinwies. Die Versammlung hat bewiesen, daß die Arbeiterschaft des Bezirkes Mähr-Trübau entschlossen ist, den Kampf gegen das herrschende Regierungssystem aufzunehmen.

Zwittau.

Sonntag, den 28. März 1926, tagte um halb 10 Uhr vormittag im städtischen Eltsium in Zwittau eine von 400 Personen besuchte öffentliche Volksversammlung, in der gegen Steuerdruck, Zölle und die Durchführungsverordnung zum Sprachengesetz Protest erhoben wurde. Genosse Abg. Taub erstattete hierzu das Referat. Genosse Taub verstand es in einer wohlüberdachten Rede die Verhältnisse in diesem Staate den Versammelten vor Augen zu führen, seine Ausführungen fanden daher den ungeteilten Beifall. Die Rede des Genossen Taub wirkte auf die Zuhörer und war von großer Bedeutung; die Arbeiterschaft hat alle Ursache den Ernst der Zeit zu erfassen, unseren Organisationen ein größeres Interesse entgegenzubringen, denn nur durch eine geschlossene Organisation ist die Arbeiterschaft imstande, den Kampf erfolgreich zu führen. Da sich niemand zu Worte meldete, schloß Genosse Lichtblau um halb 12 Uhr die würdige Versammlung.

Die Erhöhung der Spiritusabgabe.

Ueber die Erhöhung der Spiritusabgabe ist, wie „Lidove Roviny“ berichten, noch immer nicht entschieden und es wird zu einer Entscheidung in diese Frage vor den Osterferien nicht kommen, weil verschiedene Vorschläge vorliegen. Am meisten wird über den Vorschlag beraten, die bisherige Steuer von 12.20 K um 2.80 K zu erhöhen, so daß die Steuer 15 K betragen würde, wogegen allerdings ein Landeszuschlag von 2 K, die Umsatzsteuer von 2.06 K und noch eine Gebühr von 8 K käme, so daß die gesamte Steuer 27.06 K betragen würde. Die Agrarpartei beharrt demgegenüber auf dem Vorschlag, daß die Spiritusabgabe höchstens um 2 K erhöht wird, wovon 60 Heller auf die Erzeuger und 1.40 K auf den Verbraucher kämen. Jedenfalls scheint die Regierung entschlossen zu sein, die Spiritusabgabe zu erhöhen.

Gemeindevahlen in Mtsch bei Freistadt. Am Sonntag fanden in Mtsch bei Freistadt die Gemeindevahlen statt. Die tschechischen bürgerlichen Parteien erhielten 211 Stimmen, die Agrarier 209, die Sozialdemokraten 163, die polnischen Sozialdemokraten 51, die polnische Bürgerpartei 74 und die Kommunisten 118 Stimmen. Die Tschechen erhielten 16, die Polen und Kommunisten je sechs Mandate.

Rundfunk für Alle!

Programm für morgen Freitag:

Prag, 11.30: Nachrichten, 12: Zeitsignal, 14: Hörsendnachrichten, 16.30: Konzert, 18: Geistliches Konzert, 20.02: Kirchenmusik, 22: Zeitsignal und Nachrichten. — Brunn, 14.30: Nachrichten, 19: Konzert, 20.10: Konzert. — London, 18: Kammermusik, 20: Beethovens Klavierkonzerte, 20.15: Orgelkonzert, 22.15: „Parisfal“. — Paris, 13.30: Konzert, 17.45: Geistliches Konzert, 21.45: Karfreitagkonzert. — Berlin, 8: Morgenmusik, 15: „Parisfal“. — Stuttgart, 19: Passionsmusik. — Leipzig, 18: Szenen aus „Parisfal“, 20.15: Regalationen. — Breslau, 15: Uebertragung aus Berlin „Parisfal“. — München: Keine Sendung. — Frankfurt, 15.30: Karfreitagmusik. — Wien: Keine Sendung. — Zürich, 20.15: Karfreitagprogramm.

Tages-Neuigkeiten.

Die schöne Zeit der Türkenriege.

Agrarische Erziehungsziele.

Die „Heimat“, das Saazer Blatt des Bundes der Landwirte, das sonst die löbliche Gewohnheit hat, den Blick nicht über den Horizont von Saaz zu werfen, hat die Bahn der Kirchturnpolitik verlassen und schweift in ferne Länder. Ja, es beschäftigt sich sogar — man bedenke, ein agrarisches Blatt! — mit Erziehungsproblemen. Es sieht auch darnach aus, wenn der Blinde von der Farbe und nun gar der agrarische Erzieher von „Roter Erziehungsweisheit“ daherredet.

Die „Heimat“ läßt nämlich einen Pädagogen, der sich „Thyssen“ nennt, über die Wiener Schulreform zu Worte kommen. Er führt sich geziemend ein, indem er den sozialdemokratischen Wählern von Wien, das sind zwei Drittel der Wiener Bevölkerung, den Namen „Wahlpöbel“ verleiht. Dann übt er seinen simplen Spott an dem Genossen Glöckel und schließlich kommen die „fachlichen“ Beschwerden. Man hat in Wien die alten Lesebücher abgeschafft, „weil noch Geschichten darin stehen, die erzählten von siegreichen Türkenkriegen und ruhmreichen Kämpfen gegen die Italiener. Die rote Jugend darf solche Geschichten nicht lesen, damit sie nie weiß, daß es einmal schönere Zeiten gegeben hat“.

Da wird der Horn des agrarischen Reden allerdings verständlich. Die schöne Zeit der Türkenriege will man den Kindern nicht mehr schildern, die herrlichen Tage der Belagerung Wiens und der Plünderung des Donaufaales durch die Janitscharen. Von den ruhmreichen Sponzschlachten soll nichts erzählt werden, da der Erzherzog Friedrich mit Butter und der Erzherzog Leopold mit Dörrgemüse und tausende Agrarier mit allem Genießbarem blühende Geschäfte machten, während der „Wahlpöbel“ in den Karstlöchern von Monte Gabriele und Monte San Michele, und wie die Hölleviertel hießen, verblutete. Das ist unerhörter Terror und macht es schon begreiflich, daß sich ein biederer Ökonom und Hinterlandsbeib mit aller Wucht für Abhilfe einsetzt. Aber noch mehr Unfug treibt der Glöckel:

„Die Geschichtenbücher, in denen nur das geringste vom Kaiser, von Habsburg usw. stand, wurden als Schund vernichtet. Schund nach dieser Auffassung waren alle Geschichten von Christoph Schmidt, denn sie waren dem roten Menschheitsideal entgegengesetzt. (Und wie haben uns „Rosa von Lannenburg“, „Heinrich von Eichenfels“ und viele andere gefallen!)“

Was nach des Verfassers Geist und Persönlichkeit niemand in Zweifel ziehen kann. Aber es kommt besser:

„In einer nationalsozialistischen Zeitung las ich, daß Lesebücher, in denen ein Bild Kaiser Franz Joseph I. und Hindenburgs sich befand, ausgeschieden wurden! In den Schulen selbst wird modern unterrichtet: Reden viel, lernen wenig. Viele Spaziergänge der Lehrer mit den Kindern, viel Handfertigkeit, viel sogenanntes gegenfeitiges „Erarbeiten“ ersetzt den alten Unterricht“.

Wenn der Hindenburg aus den Lesebüchern verschwindet, dann muß es schlimm stehen. Da erhebt mit Recht ein zweiter Jeremias Klagegedänge um die verlorene Stadt. Vollends kommt ihm die Wut, wenn er an die Bestrebungen zur Reform der Rechtschreibung denkt. Was aber dem Fraß den Boden ausschlägt, ist der schulärztliche Dienst:

„In den Schulen sind auch schulärztliche Untersuchungen eingeführt. Graf Kesselgeur (!) berichtet in der „Rp.“ einen Fall, der klar zeigt, wie sittlich abstumpfend diese Untersuchungen gedacht wurden: in einer Mädchenschule wurden die 14- und 15jährigen Mädchen von einem jüdischen Arzt untersucht; in der einige Minuten entfernten Knabenbürgerschule untersuchte eine jüdische Ärztin die Knaben.“

Ja, es stünde schlimm um die deutsche Sittlichkeit, wenn nicht die Aepelpartei sich ihrer allzeit in Treue annähme. Wenn es dann noch ein Fachmann tut, wie der Thyssen, der zwar nicht „des modernen Geistes voll ist“, wie er von einem andern behauptet, aber doch ein gewaltiger Geistesriefe, dann kann es gar nicht schiefgehen. Und obwohl die Wiener Lehrer zu drei Vierteln rot sind, wie die letzten Verbandswahlen vor wenigen Tagen zeigten, hoffen wir auf das Gelingen der agrarischen Aktion, die uns die schöne Zeit der Türkenriege wiederbringen will.

Sorgen des „Prabo Lidu“.

Was glaubt man, hat das Zentralorgan der tschechischen Sozialdemokratie für Sorgen, in einer Zeit, wo die Arbeiterschaft vom Gespenst einer neuerlichen Wirtschaftskrise bedroht ist, wo man rückwärtslos von den Arbeitern die Personaleinkommensteuer eintreibt, wo man die Verbrauchsabgaben erhöhen will, Nichts weniger und nicht mehr, als daß in Vensschau am Bahnhof deutsch gesprochen wird! Das ist um so empörender, als das bekannte gute böhmische „Lidu“ den Reisenden, die dort durchfahren, in deutscher Sprache angeboten wird. Der Bikkolo ruft nämlich in die Fenster des Waggons: „Bier!“ — „Wünschen Sie Bier!“ Daß Vensschau eine Station an der Strecke Wien-Berlin ist, wo jede Woche hunderte deutscher Reisender, die kein Wort der Muttersprache der Redakteure des „Prabo Lidu“ verstehen, durchfahren, scheint das Blatt der tschechischen Sozialdemokratie

in seiner unschuldigen Einfalt nicht zu wissen, denn Geographie ist nicht jedermanns Sache. Der Bahnhofrestauranteur soll wahrscheinlich nach den zehn Geboten jedes guten Tschechen, so sie im Arbeitszimmer Stivins angebracht sein dürften, auf den Verkauf des Bieres eher verzichten, als es den Reisenden, die nicht tschechisch verstehen, so anzubieten, daß sie wissen, worum es sich handelt. Daß in der besagten Notiz die deutsche Sprache verhöhnt wird, — das „Prabo Lidu“ sagt „neměiti“, was man ungefähr „deutscheln“ übersetzen kann — läßt uns vollends darüber auf, was für Menschen in der Redaktion des Hauptblattes einer sich zur Internationale bekennenden Partei ihr Unwesen treiben.

Ein kommunistischer Gewährsmann. Ein großbürgerliches, ein antisemitisches und ein christlichsoziales Blatt in Berlin brachten dieser Tage „Enthüllungen“ eines vom dorigen „Vorwärts“ längst als politischen Hochstaplers entlarvten Mannes namens Erdmann über die reichsdeutsche Sozialdemokratie. Da ist es eigentlich nur recht und billig, wenn auch die Kommunisten gleich wieder an dieser Kampagne mit-helfen und neben der Berliner „Roten Fahne“ auch der Reichsberger „Vorwärts“ und die Russiger „Internationale“ das Zeugnis des Hochstaplers und die Hege der Bürgerblätter zu Antwürfen gegen die Sozialdemokratie benützen. Erdmann, so wird behauptet, hätte dem sozialdemokratischen Parteivorstand in Berlin im Jahre 1920 für den Wahlfonds 250.000 Mark Unternehmungskosten zur Unterstützung des Kampfes gegen „Links“ gegeben. Was ist nun an diesem neuen „Barnatstand“, den die Kommunisten so für ihr Leben gern konstruieren möchten, wahr? Darüber gibt das Bureau des Berliner Parteivorstandes Auskunft, der im dorigen „Vorwärts“ folgendes mitteilt: Erdmann bot damals der Partei eine Million Mark an unter dem Hinweis, daß er mit einem amerikanischen Patent für geöffnete Häuser ein großes Geschäft gemacht habe und von diesem außerordentlichen Gewinn auch etwas der Partei, der er damals angehörte, wolle zukommen lassen. Als er nebenbei bemerkte, daß die Partei doch ihre Haltung gegen den russischen Bolschewismus und gegen die Deutsche Volkspartei ändern solle, wies ihm der Parteisekretär entrüstet die Tür. Vor einem zweiten Genossen, den der Lärm der Szene herbeigerufen hatte, erklärte Erdmann dann, der Parteisekretär hätte ihn mißverstanden, es sei ihm nicht eingefallen, an die Geldzuwendung irgendeine Bedingung zu knüpfen. Einige Wochen später brachte Erdmann dann in Begleitung eines Herrn Franke, der heute das obengenannte Antisemitensblattchen redigiert, 250.000 Mk. (mehr hat er nie von der versprochenen Million abgeliefert). Die Duitung über die 250.000 Mark aber wollte Erdmann bald darauf verwenden, um, freilich vergebens, den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Krätzig zur Zurücknahme einer Klage gegen Erdmann zu bewegen! Auf Verlangen Wels' gab Erdmann dann die Duitung zurück, nachdem er sie vorher photographiert und die Photographien gegen die Sozialdemokratie in Umlauf gesetzt hatte. „Die 250.000 Mark“, so berichtet der Parteivorstand, „sind dem Wahlfonds bedingungslos und ausdrücklich als eine persönliche Zuwendung des Herrn Erdmann unter Berufung auf seine und seines Vaters alte Parteigenossenschaft übergeben worden. Es lag auch weder ein Anlaß noch ein Recht vor, diesen Betrag zurückzuweisen.“ Tatsache ist, daß Erdmann mit der Arbeitgebervereinigung in Verbindung stand und steht, aber auch, daß die Partei, sobald ihr dies bekannt wurde, ihn aus ihren Reihen entfernte. Nun schimpft und „enthüllt“ er über die Partei, weil sie sich von ihm nicht forumpieren ließ. Und für die Kommunisten ist dieser anrüchige Kerl Gewährsmann im Kampfe gegen die Sozialdemokratie!

Die erste internationale Konferenz der Eisenbahnbeamten ist gestern in Amsterdam eröffnet worden. Vertreter sind die dem Internationalen Transportarbeiterverband angeschlossenen Verbände Deutschlands, Frankreichs, Englands, Italiens, Oesterreichs, Hollands, Norwegens, Schwedens, Polens, Spaniens, der Schweiz und der Tschechoslowakei sowie die dem Internationalen Verbände nicht angeschlossenen Verbände Hollands, Frankreichs und Belgiens. Die dem Internationalen Transportarbeiterverband angeschlossenen Verbände umfassen 190.000, die nicht angeschlossenen Verbände 27.000 Beamte.

Böhmische Friedhofshänder verurteilt. Welcher Art der „böhmische Geist“ ist, der bekanntlich das deutsche Volk wieder emporheben soll, bewies eine am 30. März in Erfurt durchgeführte Schöffengerichtsverhandlung gegen drei „Böhmische“, namens Robert Bartolomé, Bankbeamter, Walter Baudin, Handlungsgehilfe, und Kurt Seitenstücker. Diese drei böhmischen Kulturmenschen — alle drei sind Mitglieder des Wikingbundes — hatten in der Nacht vom 13. zum 14. März in böhmischem Latendrang die Grabdenkmäler auf dem israelitischen Friedhof umgeworfen, zertrümmert und bebüßelt. Diesmal zeigten nicht einmal die deutschen Richter, denen man ja allerhand zutrauen kann, Verständnis für die böhmische Geldtat und verurteilten die beiden erstgenannten zu je zweieinhalb Jahren Gefängnis und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf drei Jahre; Seitenstücker erhielt eineinhalb Jahre Gefängnis. Darüber hat der Palenkreuz „Tag“ noch nichts berichtet.

Zurückbare Zustände im Hotel de Sage in Prag.

Wie das „Prabo Lidu“ berichtet, sind die Verhältnisse, unter denen die Angestellten des in der Prager Sybernergasse befindlichen Hotels de Sage leben, geradezu furchtbar. Schon im Sommer des vorigen Jahres wurden die Wohnungen der Angestellten einer gesundheitspolizeilichen Untersuchung unterworfen, wobei festgestellt wurde, daß diese Wohnungen gesundheitlich nicht einwandfrei sind. Das Gewerbe-referat des Prager Magistrats erklärte hierauf, daß die Wohnungen unbewohnbar sind und ordnete an, daß die Angestellten in diesen Wohnungen nicht wohnen dürfen. Binnen 14 Tagen sollte die Weisung befolgt werden. Das war am 22. November und obzwar seither vier Monate verlossen sind, ist bisher gar nichts geschehen. Es ist abzuwarten, ob die Besitzer des Hotels de Sage sich entschließen werden, diesen menschenunwürdigen Zuständen, welche selbst von den Behörden festgestellt wurden, ein Ende zu machen.

Was ein Kommunist über Sowjetrußland erzählt. Wir haben bereits vor einiger Zeit berichtet, daß 30 Familien kommunistischer Arbeiter aus der Slowakei, die nach Sowjetrußland ausgewandert waren, wieder zurückgeschickt sind. Ein Teilnehmer, Jaroslav Janoska, erzählt nun über seine Erlebnisse u. a. folgendes: „Am 4. März d. J. haben wir Emigranten unsere Reise von Moskau in die Heimat angetreten. Wir sind zwar verarmt und derzeit ohne Existenz, aber wir haben aus Sowjetrußland doch einen wertvollen Gewinn mitgebracht, nämlich die vollständige Heilung vom Kommunismus. Viel haben wir in Rußland gesehen, viel gelitten und gehört, was man gar nicht beschreiben kann. Aus unserem menschlichen Gefühl machen wir alle Arbeiter und Landwirte darauf aufmerksam, sie mögen als Kommunisten in das Sowjetparadies nicht reisen. Die Zurückgekehrten werden zwar von der kommunistischen Presse in roher Weise angegriffen, Lug und Betrug wird dabei angewandt, aber das hilft alles nichts. Wir werden unter die Arbeiter gehen, ihnen die Wahrheit sagen, und wir fürchten nichts, weil die Qualen, die wir durchgemacht haben, auch die erwarten, welche noch jetzt an das Wohlergehen im Sowjetstaate glauben und es versuchen wollten. Wir fügen hinzu, daß von den sogenannten „Russischen Kommunisten“, soweit sie nicht schon zerfallen sind, keine einzige prosperiert. Die Ausländer-Kommunisten sind, soweit sie nicht schon zerfallen sind, in Verfertigung, so daß diese Art des menschlichen Zusammenlebens vorläufig völlig unmöglich ist.“ — Davon haben die Herren Bachmann und Schenl, die sich als Wahrheitsfanatiker ausgeben, freilich nichts erzählt.

Betrunkene Rekruten überfallen Arbeiter. Am Montag nachmittag kam es in der Ostrauer Gegend am Ufer der Stravica zu einem standalösen Zwischenfall. Sieben Arbeiter arbeiteten dort beim Aufstellen von Telephonmasten. Auf der Straße von Jarubla kamen sieben angetrunkene Rekruten, welche in Schlesisch-Ostrau bei der Stellung gewesen waren, und von denen einer ohne jedweden Anlaß einen der Arbeiter überfiel und ihm mit der Faust einen Schlag ins Gesicht versetzte. Dies war das Signal zum Ueberfall auf die ruhigen Arbeiter, auf die die übrigen Rekruten mit Messern und Knütteln losgingen und diese blutig schlugen. Wie festgestellt wurde, waren unter den sieben betrunkenen Rekruten fünf Kommunisten.

Die Einziehung der Fünfstrotennoten erfolgt bereits jetzt insofern, als alle stark beschädigten Fünfstrotennoten von den Postämtern dem Bankamt des Finanzministeriums abgeliefert werden und nicht mehr in Umlauf kommen. Die Ausgabe der bezüglichen Rundmachung des Finanzministeriums in der Eig. d. G. u. B. über die Einziehung dieser Banknoten und die Festsetzung einer Frist für deren Gültigkeit und Ablieferung an das Bankamt hängt aber davon ab, wie viel Zeit zur Herstellung eines entsprechenden Quantums von Metallmünzen zu 5 K notwendig ist, die allerdings bereits in genügender Anzahl vorhanden sind. Bis Ende Feber d. J. wurden 18.280.114 Stück Fünfstrotenmünzen geprägt, so daß für das ganze vorgegebene Quantum der zu prägenden Münzen von vorläufig 25 Millionen K8 noch etwa 6 1/2 Millionen Münzen zu prägen wären. Da bis Ende März auf Grund des bisherigen Fortschreitens der Prägung noch etwa 1.5 Millionen Stücke geprägt wurden, ist anzunehmen, daß die Verordnung über die Einziehung der Fünfstrotennoten noch vor dem Herbst erfolgen wird.

Weitere Einstellung von Arbeiterzügen am Ostermontag. Die Staatsbahndirektion Königgrätz teilt mit: Nachdem am Ostermontag den 5. April l. J. in den Industriebetrieben nicht gearbeitet wird, unterbleiben an diesem Tage im Direktionsbezirk Königgrätz folgende Züge: 609 Königgrätz-Königinhof n/Tab., 622 Königinhof n/Tab. — Josefow-Jaroměř, 624 Josefow-Jaroměř-Königgrätz 1037, 1038 Josefow-Jaroměř-Startof, 4053 Vac-lavice-Startof, 4123, 4124 Königgrätz-Sabova-Dohalice, 817, 818 Königgrätz-Elmcer n./Etbl., 1949, 1950 Nimbura-Rokitana, 3148, 3149 Stutezměsto-Cadnov, 5816 Tannwald-Schumburg a. D. — Gablonz a. N. Eiblh., 5821 Reichenberg-Gablonz a. N. Eiblh., 921, 922 Reichenberg-Deutsch-Gabel, 924 Nemes-Böhm.-Leipa, 1216, 1217, 1218 Böhm.-Leipa-Röhrsdorf, 1221, 1228 Kreibitz-Leichstätt-Rumburg, 1521 Kreibitz-Leichstätt-Warnsdorf, 1517 Leischken ob. Bhl. — Böhm.-Rammth. 1518 Böhm.-Rammth.-Bodenbach, 5706, 5707 Morchenstern-Josefsbhal-Magdorf, 6646 Heinrichsdorf a. d. T. — Friedland i. B., 5548 Rohlitz a. d. J. — Martinice 5310 Schajlar-Rönnigshän; dagegen verkehren Züge: 5705, 5708 Morchenstern-Josefsbhal-Magdorf, 6648 Heinrichsdorf a. d. T. — Friedland i. B., 5550 Rohlitz a. d. J. — Martinice, 5312 Schajlar-Königshän.

Wenn der Muselman fastet! Die heiligste Zeit des mohammedanischen Glaubens, die Fastenzeit des Ramadan, ist jetzt wieder angebrochen, und 200 Millionen der Anhänger des Propheten geben sich den selbstamen und strengen Bräuchen hin, die ihre Religion von ihnen fordert. Jeder Verehrer Allahs muß sich dieser Kasteiung unterwerfen, die dreißig Tage dauert, denn diese Pflicht ist im Koran als die „Pforte des Glaubens“ bezeichnet. Da die zwölf Monate des mohammedanischen Kalenders nicht festgelegt sind und der Ramadan jedes Jahr auf den neunten Monat des Mondjahres fällt, in dem der Koran vom Himmel herabgebracht worden sein soll, so wechselt der Termin beständig, an dem es begangen wird. Der Koran befiehlt, daß während dieser Zeit keine Nahrung irgendwelcher Art vor Eintritt der Dunkelheit genossen werden darf. Das Fasten ist null und nichtig, wenn während dieser Zeit Porzellan gerochen wird. In den vorgeschriebenen Stunden darf nicht der geringste leibliche Genuß sich vergnügen werden. Die Gläubigen dürfen auch nicht baden, ja der gute Muselman achtet sogar sorgfältig darauf, daß er nicht seinen eigenen Speichel verschluckt, und er öffnet selbst nicht einmal den Mund beim Sprechen aus Furcht, mehr Luft einzuziehen, als unumgänglich notwendig ist. Während der Stunden der völligen Dunkelheit darf man essen, aber man muß die größte Sorgfalt darauf verwenden, daß kein Teilchen von Speise im Munde zurückbleibt. Der Mohammedaner darf in dieser Zeit keine Frau berühren, und ein Kuß gilt als schwere Sünde. Die reichen Leute können diese strengen Verbordnungen eher umgehen, denn da bei der Abwesenheit jedes Lichtes das Fasten aufgehoben ist, so brauchen sie nur während des Tages eine künstliche Nacht zu erzeugen. Die arbeitenden Schichten und die armenen Volksklassen leiden aber schwer unter diesen Geboten.

Ein gewaltiges Bewässerungsprojekt in Mexiko. Die mexikanische Regierung arbeitet jetzt ein Projekt zu einem riesigen Bewässerungsmerk aus, dem größten wirtschaftlichen Unternehmen, das je in Mexiko in Angriff genommen worden ist. Eine ganze Anzahl von Staubbämmen und Becken soll gebaut werden, die zur Gewinnung elektrischer Kraft und zur Bewässerung großer Striche von wüsten Ländereien dienen werden. Die bewässerten Gebiete sollen dann durch die mexikanische Landbank an In- und Ausländer verkauft werden, und man hofft, dadurch eine große Menge von Mexikanern, die jetzt in den Vereinigten Staaten leben, in die Heimat zurückzubringen. Die Baukosten, zwanzig Millionen Dollar, werden von der mexikanischen Regierung zur Verfügung gestellt. Präsident Calles, der Urheber des Projekts, beschäftigt mit dem Werke, das dreißig bis vierzigtausend Arbeiter durch drei Jahre beschäftigen wird, zur Bänderung der Arbeitslosigkeit beizutragen und Mexiko ein gutes Stück auf dem Wege der Zivilisation weiterzuführen.

Wenn in Polen eine Kasse in Ordnung ist. Der Bürgermeister von Alexandrow ist dieser Tage zu einer Gefängnisstrafe verurteilt worden. Wie es dazu kam, erzählt die „Kattowitzer Zeitung“: Der Bürgermeister von Alexandrow ist ein Sozialist. An sich schon verdächtig. Er ist aber nebenbei auch noch deutscher Nationalist. Da braucht er sich gar nicht zu wundern, daß er von seiner vorgesetzten Behörde besonders liebevoll beaufsichtigt wird. Die Starostei jedenfalls hat den Mann in ihr Herz geschlossen. Jeder seiner Schritte wird behütet und bewacht. Und man paßt recht eifrig auf, daß auch alles in Ordnung ist in Alexandrow. Auch in der Gemeindefassa. Denn der Bürgermeister hat zu gleicher Zeit die Kassengeschäfte zu führen. Und weil die Volkswirtschaft ordnungsliebend ist, schickte sie kürzlich einen Beamten in die Bürgermeistererei. Der sollte die Kassensbücher durchsehen und das vorhandene Geld zählen. Dementselben man nie wissen kann in diesen schlechten Zeiten. Schon die Partisten stehen unheimlich bei uns. Da kann man es verstehen, wenn die Deutschen... Herr Edward Szejberinski prüfte also die Bücher und die Kassensbücher. Und siehe da, tatsächlich fehlten 2413.88 Zloty. Was, da hat man den Salat! Und triumphierend wendete sich der pflichttreue Revisionsbeamte an den anwesenden Bürgermeister, indem er mit aufgehobenem Finger auf das Kassens-

buch wies. Der war erstaunt und meinte, dann müßten die Immobiliensteuer, die an das Finanzamt kürzlich begahnt wurden, noch nicht eingetragen worden sein. Worauf aber der wackere Revisor auf eine besondere Stelle hinwies und malitios fragte, ob der Herr Bürgermeister denn den Posten zweimal eintragen wolle. Da wurde der Bürgermeister nervös und meinte: „Wenn Sie mich so fragen, dann sind Sie dumm.“ Der Revisor stürzte sich jetzt erst recht mit Feuerzifer auf die Kassensbücher. Prüfte jeden Posten sechsmal und rechnete und rechnete. Und das Ergebnis seiner Berechnung war: die Kasse stimmte! War ausgezeichnet in Ordnung. Er hatte sich selbst versehen bei der ersten Prüfung. Es ist selten, daß in Polen eine Kasse in Ordnung ist. Und solche musterhafte Kassiere pflegen denn auch nach Gebühr gelobt und belohnt zu werden. Auch der Bürgermeister Bergsch aus Alexandrow wurde herrlich belohnt für seine Pflichttreue. Das Lodzer Bezirksgericht verdonnerte ihn zu einem Monat Gefängnis! Weil er den Revisionsbeamten Szejberinski beleidigt hatte, indem er ihn für dumm erklärte. Aber eigentlich, weil er die Erwartung der polnischen Behörde, daß sie einen Deutschen und Sozialisten ertwischt werde, getrogen hatte. Die Kasse war in Ordnung: das war das eigentliche Verbrechen. Und dafür muß man bestraft werden...

Die „größte Weltausstellung der Welt“ soll am 22. Feber 1932, dem Tage des 200jährigen Geburts-

Volkswirtschaft. Die Zersplitterung der Arbeiterorganisationen im Bergbau.

Im „Glückauf“ finden wir einen lehrreichen Artikel über dieses Thema, dem wir folgendes entnehmen:

Nach den Mitteilungen des Statistischen Staatsamtes bestanden am Ende des Jahres 1923 im Bergbau der Republik nicht weniger als neun verschiedene Bergarbeiterverbände. Von diesen waren 5 tschechische, 3 deutsche und 1 kommunistischer. Die Mitgliederzahl dieser Verbände wird mit 90.217 angegeben, die jedoch als zu hoch erscheint. Die Mitgliederzahl dürfte bei den meisten außer der Koalition stehenden Verbänden nicht wenig nach oben abgerundet worden sein. Nehmen wir aber an, die mitgeteilte Ziffer wäre richtig, so würde sie uns, wenn wir die nicht bei der Kohlengewinnung beschäftigten (z. B. Graphitbergbau, Erzbergbau) Mitglieder abrechnen, beweisen, daß bereits am Schluß des Jahres 1923 nicht weniger als rund 20.000 bis 25.000 Bergarbeiter nicht mehr organisiert waren und rund 30.000 Bergarbeiter Verbänden angehörten, die gar keine gewerkschaftlichen Kampforganisationen sind. Bedenkt man nun, daß sich die Zahl der Organisationen inzwischen noch vermehrt hat und daß es gegenwärtig 11 oder 12 verschiedene Bergarbeiterverbände gibt, ferner daß das Heer der Nichtorganisierten um viele Tausende angewachsen ist, so kann man sich bereits eine kleine Vorstellung machen, wie es im Bergbau der Republik gegenwärtig aussieht.

Ein noch deutlicheres Bild von der zerschlagenen Einheitsfront im Bergbau gewinnt man aus folgenden Ziffern. In der Koalition der Bergarbeiter waren organisiert:

Im Jahre 1919	80	Proz.	aller Bergarbeiter
" "	1920	90	" " "
" "	1921	95	" " "
" "	1922	76	" " "
" "	1923	47	" " "
" "	1924	42	" " "

Am Schluß des Jahres 1924 waren demnach von allen Bergarbeitern der Republik nur mehr 42 Prozent oder 54.824 Mann in den freigewerkschaftlichen Bergarbeiterverbänden organisiert. Das Resultat der kommunistischen Hege gegen die freien Gewerkschaften ist also, daß aus der bestehenden Einheitsfront der Bergarbeiter heute mehr als zehn solcher Fronten geworden sind, daß von den 63 Prozent der Koalition abgetriebenen Bergarbeitern kaum ein Viertel den neuerichteten

Burtsches George Washingtons, in New York stotfinden. Die Pläne und Entwürfe sind vom Kongreß der Vereinigten Staaten bereits in großen Zügen festgelegt. Präsident Coolidge und Vizepräsident Dawes stehen an der Spitze der Ausstellungscommission; unter den führenden Männern wird u. a. auch Henry Ford genannt. New York wird für die Ausstellung ein, eigenes Ausstellungsgebäude zur Verfügung stellen. Der über 300 Morgen große Marinepark im Südosten von Brooklyn soll den äußeren Rahmen bilden. Ein Kolossalstadion, die größte Arena der Welt, soll 200.000 Zuschauer Sitzgelegenheit bieten. Eine Halle für 100.000 Automobile im Innern des Ausstellungsgebäudes ist gleichfalls geplant.

Wetterübersicht vom 31. März. Dienstag erreichte die Temperatur ihren Höchststand in den mittleren Teilen der Republik, wo sie durchwegs über 20 Grad gestiegen ist: Znaim und Nitra melden 23 Grad, Brerau und Preßburg 22 Grad Celsius. In den Abend- und Nachtstunden drang eine leichte Abkühlung über den Westen des Staates ein; sie war von Regenfällen und Gewittern begleitet. Die größten Niederschlagsmengen verzeichneten bis Mittwoch früh Brünn 10 Millimeter, Olmütz 6 Millimeter, Tabor und Znaim 5 Millimeter. — Wahrscheinliches Wetter von Donnerstag: Wechselnd bewölkt, ohne wesentliche Niederschläge, weiterer Rückgang der Temperaturen, namentlich der nächtlichen, Westwind.

Separatverbänden angehört und die Gesamtheit der Bergarbeiter kampfunfähig gemacht wurde.

Diese Zersplitterung der Bergarbeiter kommt nun bei jeder Gelegenheit zum Ausdruck. So wurden z. B. bei den letzten Betriebswahlen in Nordwestböhmen nicht weniger als 10, in M.-Ostau 7, in Pilsen 6, in Schazlar 6, in Falkenau-Karlbad 5 und in Klado 6 verschiedene Kandidatenlisten eingereicht. Es gab größere Gruben, wo 7 bis 8 Kandidatenlisten aufgelegt sind. Die 1344 in der Republik gewählten Bergarbeiterbetriebsräte verteilen sich auf nicht weniger als 12 verschiedene Organisationen und Gruppen. Es liegt auf der Hand, daß eine solche Zersplitterung weder den Betriebsräten, noch den Bergarbeitern nützlich ist, und daß dadurch ein gedeihliches Arbeiten direkt unmöglich gemacht wird. Ein ähnliches Bild der Zersplitterung zeigten die letzten Bruderverwahlen. Bei der Wahl in Nordwestböhmen wurden 9, in Falkenau-Karlbad 5 und in Trautenau 7 verschiedene Kandidatenlisten aufgelegt. Die Delegierten der Revierbruderverlade für Nordwestböhmen setzen sich aus 7, die der Falkenau-Karlbad Bruderverlade aus 4 und die der ostböhmerischen Bruderverlade aus 3 verschiedenen Organisationen zusammen. — Diese Tatsachen, die noch vermehrt werden könnten, geben ein trauriges Bild von der Zerissenheit und Schwäche der Bergarbeiter dieses Staates.

Wenn nun die Grubenkapitalisten wieder proziger und herausfordernder geworden sind, wenn sie den Lohn drücken und eine immer höhere Leistung erpressen, wenn sie die Bergarbeiterschutzesetze mißachten und die Bergarbeiter um ihre Rechte bringen, wenn sie trotz der furchtbarsten Krisis und des Elends unter den Bergarbeitern riesenprofite einheimen können, wenn die Reaktion wieder frecher ihr Haupt erhebt, die sozialpolitische Gesetzgebung für den Bergbau abgebaut wird und die Bergarbeiter allen diesen Dingen uneinig gegenüberstehen, so ist die Ursache dessen nicht in der Krisis, sondern in der seit Jahr und Tag mit beispielloser Niedertracht betriebenen Hege gegen die freien Bergarbeiterverbände zu suchen. Wären die Bergarbeiter geschlossen und einig geblieben, so wäre es undenkbar, daß die Werkherren heute eine solche Sprache mit ihnen reden könnten, daß sich ihre Lebenshaltung so sehr hätte verschlechtern können und die Regierung all dem ruhig zusehen könnte.

Der „Glückauf“ zieht aus diesen Feststellungen den folgenden Schluß:

Es kann im Bergbau nur anders werden, wenn alle diese Scheinorganisationen, die in der Nachkriegszeit aus dem Boden gesprossen sind, wieder verschwinden und die Bergarbeiter wieder

einig werden. Einen anderen Weg gibt es bei dem Wesen und dem Jwed dieser Organisationen nicht. Der Wunsch nach Einigkeit und Geschlossenheit ist auch in allen ehrlichen, Klassenbewußten und denkenden Bergarbeitern lebendig. Ein jeder fühlt es ja auch täglich, wie notwendig diese Einigkeit gerade in der gegenwärtigen Zeit wäre. Er kann aber so lange nicht in Erfüllung gehen, so lange die Kommunisten ihre verderbliche Hege gegen die freien Bergarbeiterverbände nicht einstellen, so lange ein Teil der Bergarbeiter nationalistischen Ringelgipfeln nachjagt, und so lange die Mitglieder des freien Verbände dem Treiben der Kommunisten und Nationalisten nicht selbst energisch entgegenarbeiten. Die Einheitsfront kann nicht auf dem Boden der Dritten Internationale kommen, wie der Bolschewistenführer Sinowjew sagt, auch nicht auf dem Boden des Nationalismus, sondern nur unter dem Banner der alterprobierten internationalen freigewerkschaftlichen Kampforganisation. Dies ist der Weg, den die Bergarbeiter gehen müssen, wenn sie ihre gegenwärtige Schwäche überwinden und einer besseren Zeit entgegengehen wollen.

Für die Arbeitslosenversicherung in der Tschechoslowakei.

Im gestrigen „Bravo Lidu“ veröffentlicht der Ministerialrat des Fürsorgeministeriums Dr. Brablec einen Artikel, in dem er zunächst einen Überblick über die Entwicklung der Arbeitslosenunterstützung in der Tschechoslowakei seit Bestehen des Staates gibt. Er kommt zu dem Ergebnis, daß die geltende Arbeitslosenunterstützung den Bedürfnissen der Arbeitslosen nicht genügt und sagt hierbei: „Wir sind uns dessen bewußt, daß im Falle einer übermäßigen Arbeitslosigkeit mit der bisherigen Regelung der staatlichen Arbeitslosenfürsorge das Auslangen nicht gefunden wird, so daß es notwendig sein wird, die Wege für die Arbeitslosenversicherung, wie diese in England und Desterreich besteht, zu ebnen.“ Es scheint also, daß man selbst in Regierungskreisen von der Unzulänglichkeit der bestehenden Arbeitslosenunterstützung überzeugt ist.

Der belgische Franc.

Brüssel, 31. März (Eig. Drahtb.)

Am Dienstag vollzog sich wieder ein starker Sturz des belgischen Francs. Das englische Pfund stieg auf über 128, nachbörlich sogar auf 132. In der Bevölkerung machen sich Anzeichen von Panik bemerkbar. Man beginnt mit Eindeckungen, um nicht von der zu erwartenden Preissteigerung überrascht zu werden. Die Konserverfabriken streuen das Gerücht aus, die Anwesenheit der Sozialisten in der Regierung trage zur Erhöhung des Mißtrauens der ausländischen Geldgeber bei, namentlich mache die Sondersteuer auf hohe Einkommen mißtraulich. Von besonders maßgebender Seite und ebenso von Politikern des bürgerlichen Lagers wurde demgegenüber erklärt, daß ein Austritt der Sozialisten aus der Regierung unmöglich sei, zumal er innenpolitisch direkt katastrophal wirken würde. Von sozialistischer Seite wurde betont, daß die Sozialisten unter keinen Umständen auf die Sondersteuer auf hohe Einkommen und ebensowenig auf die bisherige Einkommensteuer oder die Steuerfreiheit für niedere Einkommen verzichten würden.

Der Generalrat der Arbeiterpartei hielt am Dienstag eine Sitzung ab, um den Plan der sogenannten Industrialisierung der Staatsbahnen zu besprechen. Die Regierung ließ von in- und ausländischen Sachverständigen einen Plan ausarbeiten, der eine fünf- bis zehnprozentige Erhöhung der Tarife vorschlägt, um die Einnahmen zu erhöhen. Der Vertreter der Eisenbahnarbeiter Renier belämpfte diesen Plan, den er als drückend bezeichnete, als der Dawesplan für die deutschen Eisenbahnen. Nach längerer Aussprache wurde Einstimmigkeit darüber erzielt, daß die Eisenbahnen im vollen Staatsbesitz bleiben müssen und keinerlei Kontrolle privaten Kapitals gebildet werde. Eine zwölfgliedrige Kommission soll die Frage näher untersuchen.

Brager Filmbörsle.

Der französische Großfilm „Das gelobte Land“ (Die Jüdin), der im Verleiche der Gloria erscheint, ist eine recht bemerkenswerte Sache, die erst in den letzten zwei Akten so halbwegs einen Schwung und rechten Sinn bekommt. Die eigentliche Handlung des Filmes beginnt erst in der Hälfte — vorher sind bloß aneinander gereichte Episoden — und stellt eine junge Jüdin (Rachel Meller) in den Mittelpunkt. In ihrem Heimortort befinden sich Petroloquellen, die ihrem Onkel, dem Bankier Moses gehören, der die alten Ueberlieferungen verachtet hat und zuläßt, daß aus dem Unternehmen alle jüdischen Arbeiter entlassen werden. Das Mädchen will ihren notleidenden Glaubensbrüdern helfen und glaubt keinen anderen Ausweg zu finden, als ihren Onkel zu heiraten, der für diesen Preis alle ihre menschenfreundlichen Pläne erfüllen möchte. Trotzdem sie einen Christen (Andre Roanne) liebt, entschließt sie sich dennoch, das Opfer zu bringen. Doch im letzten Augenblick bricht ein Arbeiteraufstand aus, die Petroloquellen werden angezündet und die beiden Liebenden kommen nur mit knapper Mühe und Not heil aus den Flammen. Die heftigen Erregungen aller Beteiligten lassen nun in den Herzen aller eine veröhnliche Stimmung aufkommen und damit ist die Geschichte zur Zufriedenheit aller zu Ende. Das Stück ist an manchen Stellen recht unlogisch und überdies mit allerlei sozialen und religiösen Dingenwahrheiten nur

so gespickt, so daß es manchmal ganz geschmacklos wird. Der podende Schluß und die guten schauspielerischen Leistungen der Rachel Meller können das Stück nicht retten.

Der neue tschechische Film der Biografia „Die Geschichte eines Tages“, nach dem Roman von Ignat Herman, erweist sich als ein vollkommen unmögliches Stück. Von einer Handlung, — sie heiraten schließlich und endlich doch, — kann schließlich überhaupt keine Rede sein und der ganze Film ist scheinbar nur eine Art von Illustrierung der überlangen Textstellen, die „im ursprünglichen Wortlaut dem Roman entnommen sind“. Ebenso verunglückt sind auch die schauspielerischen Leistungen (Vera Jaroska und Mary Janoska), ja nicht einmal die Reboasika ist diesmal irgendwie erwähnenswert.

Die Slavia bringt den Sacha-Film „Fialer Nr. 13“. Das Stück ist wohl über dem Durchschnitt, doch bei weitem nicht das, was man erwartet hat. Die Fabel selbst ist ein wenig durchsichtig und zu sehr nach der üblichen Schablone angefertigt: ein Findelkind, das von einem Fialer aufgezogen wird, entpuppt sich nach achtzehn Jahren als die Tochter eines Millionärs und heiratet nicht den Prinzen, der ihre Herkunft entdeckt hat und sich natürlich liebelos und berechnend ihrer Miltigt bemächtigen will, sondern den treuen Jugendfreund. Das Tempo ist behöbig und flau, wodurch der Film auch nicht gerade an Frische gewinnt. Von den Darstellern ist nur Lila Damila zu erwähnen; die Künstlerin hat nicht nur eine schöne Erscheinung,

sondern spielt auch sehr natürlich und ungezwungen. — Der Paramount-Film „Die Sünde der Schwester“ ist Film-Amerika, wie es selbst und lebt: alles ist erstklassig bis auf den Inhalt, und dieser ist unmöglich. Im Mittelpunkt der Handlung stehen zwei Schwestern, deren eine einen verständlichen Fehltritt begeht und Mutter wird. Die andere ist eine edle, sich aufopfernde Person (Alice Terry), die sich der Schwester gütig annimmt und mit ihr nach Europa auszieht, um Verleumdungen zu entgehen. Aber sie werden erkannt und die Mutter des Kindes geht aus Angst vor einem Skandal durch, so daß ihre Schwester als die angelegliche Mutter angesehen wird. Dann die üblichen Konflikte: der Vater des Kindes verliebt sich in die Pseudo-Mutter, ohne eine Ahnung zu haben, daß das Kind sein Sohn ist, und will sie heiraten, doch da kommt gerade im letzten Augenblick die richtige Mutter usw. Alle drei Personen sind schief gezeichnet, besonders die Gestalt des Mannes ist ein ungläubliches Unikum an Hölzernheit und Ausdruckslosigkeit.

Einen gebiegenen Spielfilm voller Spannung und durchdrängt von tiefer, echter Menschlichkeit brachte die Producers Distributing in dem Stück „Das tapfere Herz“, die Indianergeschichte mit Rad la Roque in der Hauptrolle, der damit eine seiner besten Gestalten geschaffen hat. Er spielt den Sohn eines Indianerhauptlings, der von seinem Stamm nach London auf Studien geschickt wird, wo er nach drei Jahren durch die Schurkerei eines Kameraden ausgeschlossen wird und nach

Hause zurückkehren muß. Auch von seinem Stamm wird er gebrandmarkt und ausgestoßen, da ja alles gegen ihn spricht und seinen Worten nicht geglaubt wird. Erst als er in edler Selbstaufopferung den Stamm rettet und die Ränke seines Feindes aufdeckt, tritt seine Unschuld klar zutage. Mit dieser einfachen, aber mächtig padenden Fabel ist eine reise durchgeistigte Liebesgeschichte verbunden: aber wie der ganze Film gänzlich von der Schablone abweicht und natürliche Menschen auf die Leinwand bringt, so endet auch diese Liebe nicht beim Traualtar, sondern durch den begründeten Abschied der beiden Liebenden. Rod la Roque als Indianer dürfte allgemein überraschen, denn seine Maskierung ist fehlerlos und verblüffend echt. Seine Partnerin ist Billan Rich. — Der zweite Film beittelt sich „Das gefährliche Mädchen“ (Die geheimnisvolle Braut) und sängt wenig versprechend an, um später in einen launigen Ueberraschungsfilm überzugehen. Es ist eine völlig anspruchslose, aber doch uflige und spannende Detektivgeschichte mit Briceila Dean in der Hauptrolle. Anfangs würde man schwidern, daß sie eine Diebin spielt, als sie in das Haus eines reichen Juwelenschatzbesizers einbricht, doch später entpuppt sie sich als eine Gehilfin der Polizei. Die stark operettenhaft angelegte Handlung ist aber so unaufbringlich und flott gebracht, daß man sie gerne ansieht, umso eher, als in dem Stück einige gelungene Typen auftreten, die einem ein herzliches Schmunzeln entlocken. S. W. Schimbera

Der heutigen Nummer liegt ein Erlagschein zwecks Einzahlung der Bezugsgebühr bei. Wir machen besonders darauf aufmerksam, daß die Einzahlung unter demselben Namen geleistet werden muß, unter welchem der Versand der Zeitungen erfolgt.

Die Bezugsgebühr beträgt monatlich R 16.—, vierteljährig R 48.—, halbjährig R 96.—, ganzjährig R 192.— und ist stets im Vorhinein zu entrichten. Der Abonnementsbetrag muß längstens bis 10. d. M. in unserem Besitze sein und eruchen wir, dies zu berücksichtigen, damit keine Unterbrechung in der Zustellung eintritt.

Ansteigen der Zahl der Arbeitslosen.

Die Zahl der Arbeitslosen, welche im Dezember 48.000 betrug, ist Ende Jänner auf 61.000 gestiegen. Wie man sieht, mehren sich die bedenklichen Anzeichen einer nahenden Wirtschaftskrise.

Krise und Streikgefahr im Saargebiet.

Saarbrücken, 31. März (Eig. Drahtf.). Die ganze Saarwirtschaft befindet sich in einem Zustande schwerster Krise. Der sinkende französische Franken setzt die Arbeiterschaft des Bergbaues wie der Hüttenwerke im Durchschnitt beträchtlich unter einen Monatslohn von hundert Goldmark, und während die deutsche Regierung durch ihre Forderungen der saarländischen Industrie auf das Weigendendste entgegenkommt, findet sich diese nicht bereit, den berechtigten Lohnforderungen der Arbeiter auch nur ein wenig nachzugeben. Wenn der Schlichtungsausschuß ebenfalls versagen sollte, so dürfte es im Laufe des April zu einem allgemeinen Streik in der saarländischen Hüttenindustrie kommen, an dem voraussichtlich 45.000 Arbeiter teilnehmen würden. Die 70.000 Bergarbeiter haben ebenfalls ihren Tarif gekündigt und verlangen Lohnerhöhung.

Kleine Chronik. Die indische Frau.

Die verhältnismäßig wenigen, aber energischen und begeisterten indischen Frauen, die sich der nationalen Freiheitsbewegung angeschlossen haben, kämpfen nicht allein für eine Besserung des Frauenlooses, sondern für die Gesundung des Volkes überhaupt. Sie kämpfen aber auch für hohe geistige und sittliche Werte. Viel zu früh und mit verhängnisvoller Einseitigkeit wird das noch ganz kindliche Mädchen aus den Gatten, die Ehe, die Mutterschaft und das Sexualleben hingedrängt. Nur dieser eine, schmale Weg eröffnet sich ihr zur Lebenserfüllung. „Von den frühesten Jahren an wird dem Mädchen die Idee des Ehegatten vorgehalten, in Vers und Erzählung, im Zeremonial und Kult“, schreibt Tagore in seinem Aufsatz „Das indische Eheideal“. Ernsthaftes Studium wird dem Mädchen unterlagt; es wird geistig seelisch gehemmt und verbildet. In der Ehe wartet der junge Frau die größte seelische Marter durch die despotische Schwiegermutter, der sie zu bedingungslosem Gehorsam verpflichtet ist und die aus Eifersucht durch raffinierte Qualen die junge Frau häufig in den Freitod treibt. Die Abgeschlossenheit des „Pardah“, die Verbannung in schlecht gelüftete, sonnenlose Räume haben Krankheit und Schwermut im Gefolge. Chronische Melancholie gilt in Indien geradezu als typisch weibliche Eigenschaft. Auch das Witwenstum ist keine Befreiung, denn selbst wenn es, infolge der Frühhe der Frau fast das ganze Leben hindurch dauert, bleibt ihr die Wiederverheiratung verboten und ist sie zu einer strengen und kärglichen Lebensweise verbannt. Zwar hat gerade der Witwenstand bedeutende weibliche Gelehrte und soziale Reformatorinnen hervorgebracht, die in der uralten, hohen indischen Kultur endlich Wurzeln schlagen durften, doch sind längst nicht alle Frauen seinen esthetischen Anforderungen gewachsen, und viele enden in der Prostitution, wenn sie es nicht vorgezogen haben, zum Islam oder Christentum überzutreten, um der Sklaverei zu entgehen. Die Bedeutung des Witwenproblems erhellt daraus, daß auf tausend Mitglieder der Bevölkerung 175 Witwen kommen.

Nicht allein die Welle westlicher Zivilisation, sondern auch die ökonomische Not untergräbt die alten, strengen Familienbände und führt die Frau in das moderne Erwerbsleben, in Fabriken, Büros und Hochschulen. Unter dem Eindruck dieser Wandlungen schreibt Tagore: „Da insbesondere auch gerade die Grundlage unseres Eheystems unterhöhlt worden ist, besteht keine harmonische Übereinstimmung mehr zwischen den zugrundeliegenden Idealen und den tatsächlichen Verhältnissen unserer modernen Ehen.“ Außeruropäische Länder, unter ihnen Indien, die früher vorwiegend industrielle Absatzgebiete Europas waren, beginnen heute selbst industriell zu produzieren und die einheimischen Arbeitskräfte ohne Unterschied des Geschlechts in den modernen Produktionsprozeß einzubeziehen. Im Lehrberuf sind heute bereits in Indien 38.000 Frauen tätig, als Kerzinnen 14.000 und sonst im Gelehrtenberuf 65.000 Frauen. Aber was bedeuten diese Zahlen bei einem Volke von 320 Millionen! Wichtig sind schon die ständig wachsenden Kampfbünde zur Befreiung der Frau im Rahmen der großen national-indischen Bewegung gegen die englische Fremdherrschaft. Wichtig ist ferner die 1924 entstandene Bewegung zur Geburtenregelung, die unter Leitung von männlichen und weiblichen Ärzten

hygienisch aufklärend wirkt. In verschiedenen indischen Provinzen und Staaten gelang es den indischen Frauen im Verein mit ihren Volksgenossen, die Gleichberechtigung zu erringen; sie mühten aber dabei mit den Engländern als ihren entschiedensten Gegnern rechnen. Die englische Regierung hat die Anträge auf gleiches Wahlrecht für die Frau zu Fall gebracht. In Travancore aber wurde eine indische Ärztin zum Staatsarzt von Travancore und Kabinetsminister ernannt. Auch auf die Universitäten, unter denen es zwei medizinische Hochschulen für Frauen gibt, haben die Frauen Einfluß. Eine gewerkschaftliche Frauenbewegung unter den schwer ausgebeuteten industriellen Arbeiterinnen freilich steckt noch in den ersten schwachen Anfängen.

Kunst und Wissen.

Meister Georg.

Musik-Komödie in einem Akte von Jaroslav Vogel*

(Uraufführung im tschechischen Nationaltheater, 30 März 1926.)

Romische Opern sind eine Seltenheit in der modernen Opernliteratur geworden, seit das Musikdrama und die veristische Oper tonangebend sind. Auch besonderes Talent gehört zur erfolgreichen Verwirklichung auf dem Gebiete der romischen Oper, das nicht allen Komponisten eignet. Jaroslav Vogel, seines Zeichens Musikkritiker, hat seine besondere Begabung für den musikalischen Lustspielton im „Meister Georg“ überzeugend erwiesen. Diese einaktige Musik-Komödie enthält alles, was sie lebensfähig macht: Leichtigkeit und Fluß im Rhythmischen, ausgezeichnete Charakterisierung in musikalisch-melodischer und harmonisch-instrumentaler Hinsicht und nicht zuletzt auch ein gutes Libretto. Letzteres hat der Komponist nach Analogie der „Figaro“ und „Kofentaballer“-Handlung selbst verfaßt. Es erzählt uns von den galanten Abenteuern eines liebegierigen Herzogs, der durch des biederen Zimmermannes Georg Tüchtigkeit seinen Meister findet und in einem besonderen Liebesfalle gründlich hineingelegt wird. Ein armes Nähermädchen soll den Liebeswünschen des hochgeborenen Herrn zugeführt werden. Meister Georg wird der Retter in der Not, denn es gelingt ihm, im richtigen Momente das Mädchen mit der Gattin des Herzogs zu vertauschen. Die Wirkung ist ebenso drastisch-komisch wie lehrreich. Denn wer den Schaden hat, hat allemale auch den Spott. Der Herzog wird nicht nur gründlich blamiert, sondern kommt auch um den guten Bissen seines Liebes-Appetites und wird von seiner gestrengen besseren Ehehälfte noch gezwungen, dem Nähermädchen und dessen Bräutigam zur Sühne das als Liebeslohn dienende reizende Häuschen zum Hochzeitgeschenke zu machen. Vogels Musik ist durchaus in hellen Farben und freundlichen Tönen gehalten. Die heiter und nicht wirkende E-dur-Tonart mit einem markanten, hinsichtlich der Figuration aus Wagners „Meistersinger“ entlehnten Hauptmotiv herrscht vor und bestimmt den musikalischen Grundton. Eingestreute volkstümliche Wendungen fallen auf und beweisen neuerdings, wie recht die tschechischen Tonsetzer daran tun, ihre Musik im Volkstümlichen wurzeln zu lassen. Auch die maßvolle moderne Kriung des Werkes überrascht, das mit Atonalität (musikalischer Gesichtslosigkeit) fast nichts zu tun hat, im Gegenteil von starker melodischer und harmonischer Schönheit erfüllt ist und im deklamatorischen wie gebundenen Gesangstille den Singstimmen alle Rechte läßt. Die rhythmische Lebendigkeit dieser Oper resultiert nicht nur aus der geschickt festgehaltenen Grundrhythmik, sondern auch aus der richtig verteilten Verwendung der geraden und ungeraden Taktart. Auch die Instrumentation des Werkes ist seinem Lustspielcharakter durchaus angepaßt; sie wirkt nirgends überladen, ist flott, mitunter fast led ausgeputzt und besticht durch manche köstliche und originelle Instrumentengruppierungen. An der reproduzierenden Kunst des Kapellmeisters wird es liegen müssen, das Orchester künftig mehr zu dämpfen. Im übrigen wurde dem Werke unter Kapellmeister Wagners musikalischer Leitung, der

* Der vom Komponisten bearbeitete Klavierauszug ist im Prager Musikverlage der „Hudobní Matice Umělecké Besedy“ erschienen.

Regie Puzmanns und in der geschmack- und stilvollen szenischen Ausstattung Feuersteins eine ganz ausgezeichnete Aufführung zuteil. Besonders war vor allem Fr. Kobovna trotz angeblicher Indisposition als Nähermädchen Venka; sie gab dieser sympathischen Rolle nicht nur ihre selten schöne und kultivierte, glöckereine Frühlingsstimme, sondern auch Anmut und Liebreiz in der Darstellung. Neben ihr taten sich noch Herr Konstantin als Meister Georg und der unverwundliche Tenor Schütz als herzoglicher Verführer hervor. Daß die Oper beim Publikum neben Beifall auch Widerspruch auslöste, ist bei ihrer eingänglich-volksstümlichen Art verständlich.

Edwin Janetschek.

Die Rot der Theater. In der letzten Stadtverordnetenversammlung von Koblentz teilte Oberbürgermeister Dr. Ruffell mit, daß nach einer Uebereinkunft zwischen den Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung und der Stadtverwaltung am 1. August d. J. das Stadttheater geschlossen und das Städtische Orchester aufgelöst werden soll. Der Fehlbetrag der Stadt, für den keine Deckung vorhanden ist, beläuft sich auf 1,2 Millionen. Das Theater erfordert allein einen Zuschuß von 320.000 Mark, den die Stadt nicht mehr leisten kann. Die Schließung des Stadttheaters wurde mit 26 gegen 10 Stimmen beschlossen.

Ein Offenbach-Fund. Dem Privatdozenten für Musikgeschichte an der Wiener Universität Dr. Rob. Haas ist es geglückt, in der Musiksammlung der dortigen Nationalbibliothek zwei vollständige Partituren von der eigenen Hand Jacques Offenbachs aufzufinden. Sie betreffen die Operette „Les Bracconniers“ („Die Wildbiede“) und das Märchenpiel „La Lune“ („Die Reise in den Mond“).

Spielplan des Neuen deutschen Theaters. Heute Donnerstag und morgen Freitag geschlossen! Samstag 7 Uhr abends „Don Juan“, Sonntag halb 3 Uhr nachm. „Die verkaufte Braut“, 7 Uhr abends Premiere: „Das Spiel um die Liebe“, Montag halb 3 Uhr nachm. Gastspiel Pepi Kramer-Glädner: „Die Wamow vom Ballett“, abends 7 Uhr Gastspiel Leopold Kramer „Die Teresina“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Donnerstag „Nidel und die 36 Gerechten“, Freitag geschlossen! Samstag „Der wahre Jakob“, Sonntag nachm. 3 Uhr Premiere: „Tasferes Schneiderlein“, abends halb 8 Uhr „Nidel und die 36 Gerechten“, Montag nachm. 3 Uhr „Das tapferere Schneiderlein“, abends halb 8 Uhr „Die heimliche Brautfahrt“.

Genossen!
Traget bei jeder Gelegenheit Euer **Parteiabzeichen!**
Herausgeber Dr. Ludwig Eger.
Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Klegner.
Druck: Deutsche Zeitungs-A.G. Prag.
Für den Druck verantwortlich: O. Hollz.

Anglo-Czechoslovakische Bank
Prag II., Hybernská ul. 5.
Telegr.-Adresse: Anglobank Prag.
Telephon: 317-4-1 Serie und 318-4-1 Serie.
Aktienkapital K 120.000.000.—
Filiale in London: 31, Lombard Street E. C. 3.
Filialen in der Tschechoslovakischen Republik: Auschau, Aussig, Bodenbach, Böhm. Leipa, Brünn, Brüx, Eger, L. B., Falkenau, E. Franzensbad, Kaden, Karbitz, Karlsbad, Klattau, Komotau, Königgrätz, Leitmeritz, Lobositz, Marienbad, Mähr.-Osttau, Olmütz, Pardubitz, Pilsen, Prossnitz, Saaz, Soböubach, Böhmerwald, Eger, Teplitz, Tetschen, Trautenau, Weipert, Znaim.
Zugerechnung:
LAGERHAUSER, Tetschen a. E. Prag (Station Denis-Bahnhof Transitzlager).
EXPOSITUREN: Prag Mikuláská Nr. 2 (Karlin-Královská Nr. 1).

Der Film.

Das Kind der Mitternacht. Es ist der bisher beste Mac Murray-Film, den wir gesehen haben, denn die Künstlerin gleich zum erstenmal einem halbwegs natürlichen Weib, spielt nicht geprezt und obstoßend, sondern wirklich gut. Die Sache selbst ist eine wilde Räubergeschichte aus Mexiko, in der politische Verwicklungen, Ueberfälle, Liebe und etliche andere Unmöglichkeiten zu einem sehr flotten und spannenden Spielfilm vermengt sind. Man nimmt diesmal den echt amerikanischen Freischnitzengelnd hin, da man sich ja bei einem Murray-Film das Nachdenken im Vorhinein abgewöhnt hat, und die glückliche Lösung löst dann eine allgemeine Zufriedenheit aus. Ihren Partner gibt Monte Blue, ein manchmal sehr angenehmer, meistens aber guter Darsteller. S. W. S.

Bereinsnachrichten.



Touristen-Berein „Die Naturfreunde.“ Ostern: Erzgebirge laut Programm.

Aus der Partei. Frauentheaterschule.

Im Genesungsheim Reindlich wurde Montag, den 29. ds. die Frauentheaterschule eröffnet. Aus allen deutschen Gebieten der Republik fanden sich insgesamt 27 Genossinnen ein, entsendet von ihren Parteiorganisationen, um sich geistiges Rüstzeug zur Arbeit für das Proletariat und für den Kampf um den Sozialismus zu schaffen. Die Schule wurde mit der Abingung des Liedes: „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit!“ eröffnet. Als Vertreter des Parteivorstandes begrüßte Genosse Hofbauer die Schülerinnen. In begeisternden Worten ermahnte er sie, die Zeit zu nützen, zu lernen und ihr Wissen später im Dienste der Arbeiterklasse zu verwerten. Im Namen des Reichsfrauentheaters begrüßte Genossin Blatny die zukünftigen Kämpferinnen für die Rechte der Frauen. Genossin Kirpal überbrachte Grüße der Kreisorganisation Kuffig. Der Obmann des Refonvalezentenheimvereines Hermann Fellinet hieß die Schülerinnen willkommen und wünschte ihnen in ihrem Beginnen den besten Erfolg. Dann wurde mit dem Unterricht begonnen.

Anzüge K 125.—
150.—, 190.—, 240.— bis 350.—
Raglans K 165.—
190.—, 240.—, 290.— bis 350.—
Überzieher K 190.—
240.—, 290.—, 390.— bis 450.—
Gummimäntel K 95.—
130.—, 150.—, 190.— bis 440.—
Waterproofs K 240.—
350.—, 390.—, 490.— bis 550.—
Lederröcke K 390.—
490.—, 550.—, 650.— bis 1.100.—

Hosen von K 35.—
Breeches von K 40.—
Arbeitsmäntel von K 48.—
Arbeitskombinés v. K 75.—
Windjacken von K 95.—
Hüte von K 35.—
Kappen von K 10.—

Wäsche, Kravatten, Handschuhe u. s. w.

Knaben-Anzüge, Raglans, Überzieher, Hosen, Lederkleidung, Hüte, Kappen vom Billigsten bis zum Allerbesten.

STRÁNSKÝ
Hybernská.

AN UNSERE KUNDEN!

Wir ersuchen Sie, Schuhreparaturen vor den Feler-tagen nur in den dringendsten Fällen zu beheben.

